

Bezugspreis:

Für den Monat März 500 M. voraus zahlbar. Unter Preisband für Deutschland, Dänzig, Gost- und Weichselgebiet sowie Ostpreußen und Litauen 700 M., für das übrige Ausland 800 M. Postbezugspreis...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Morgens Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einpaltige Reklameweile kostet 1200 M. Reklameweile 600 M. Kleine Anzeigen...

Anzeigen für die nächste Kammer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 10. März 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Dirschnow-Verlag, Postfach Lindenstraße 3

Poincaré im Kammerauschuß. Keine Herausgabe der Pfänder auf bloße Versprechungen.

Paris, 9. März. (E.) Der Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten hörte heute nachmittags Poincaré an, der in Fortsetzung seiner früheren Darlegungen weiter über die Lage im Ruhrgebiet sprach...

Zu keinem Falle werde Frankreich gegen einfache Versprechungen die Sicherheiten und die Pfänder aufgeben, die es zu erlangen genötigt gewesen sei.

Der Präsident der Kammerkommission Leggues dankte Poincaré für seine genauen Ausführungen und stellte (wie der offizielle Bericht sich ausdrückt) mit Genugtuung fest, daß namentlich die Aktion Frankreichs als begründet anerkannt sei.

Eine Schlappe des Finanzministers de Lasteyrie.

Paris, 9. März. (W.T.B.) Die Kammer hat gestern Abend die Aussprache über den Ausgleich des Haushalts beendet. Die Sitzung hatte sich mit einem Antrag des Abgeordneten Broussé beschäftigt, der die Deckung des Defizits durch die Ausgabe von Schatzbons vorzieht...

Poincaré und die deutschen Vorschläge.

Wolffs Bureau verbreitet folgende offiziöse Rundgebung: Die französische Presse der letzten Tage verdächtigt in Auswertung des französischen Gelbbuches über die Pariser und Londoner Konferenz das deutsche Verhalten vor der Londoner und Pariser Konferenz in folgenden Punkten:

- 1. Die Deutsche Regierung habe keinen festausgearbeiteten Plan für die Pariser Konferenz besessen. Herr Bergmann sei nur zu mündlichen Ausführungen bereit gewesen. (Gelbbuch S. 75 Havas vom 7. März 1923.) Der Aufforderung, den deutschen Plan schriftlich vorzulegen, habe er nicht entsprochen. (Cablegramme vom 7. März 1923.) 2. Die deutschen Industriellen, die die tatsächliche Regierung Deutschlands darstellten (Gelbbuch S. 89) — in dem gleichen Zusammenhang werden an anderer Stelle die Herren Klöckner, Sinnes und Silberberg genannt (Gelbbuch S. 59, 75/76) — hätten versucht, mit der französischen Industrie, die im Gegensatz zu den deutschen Industriellen ihrer Regierung gegenüber loyal sei, anzuknüpfen, um eine allgemeine wirtschaftliche Verständigung mit weiteren politischen Zielen zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen. (Gelbbuch S. 59, 75/76, 89.) 3. Die Verhandlungen der durch den Botschafter Dr. Mayer angemeldeten Industriellen Klöckner, Sinnes und Silberberg hätten dazu führen sollen, Frankreich zu einer wirtschaftlichen und politischen Verständigung mit Deutschland hinter dem Rücken seiner Alliierten zu verleiten. (Gelbbuch S. 59 und 89.) Im übrigen hätten die deutschen Industriellen die Lieferung von Kohle und Koks nur gegen Bezahlung anbieten sollen, während die ohne Bezahlung auf Reparationskonten laufenden Kohlenprogramme nicht weiter ausgeführt werden sollten. (Havas vom 7. März.)

Zu 1 erklärt Staatssekretär a. D. Bergmann:

Die Deutsche Regierung hat am 31. Dezember 1922, also kurz vor Zusammentritt der Pariser Konferenz offiziell durch ihre Missionen in London, Paris, Rom und Brüssel die alliierten Regierungen davon benachrichtigt, daß ich beauftragt sei, der Konferenz in Paris auf Wunsch der deutschen Reparationsplan „zu unterbreiten und mündlich zu erläutern“. In sich geht für jeden Unvoreingenommenen schon aus dieser Gegenüberstellung der „Unterbreitung“ des Planes und dessen mündlicher Erläuterung ohne weiteres hervor, daß ein schriftlich fixierter Plan vorlag. Ich war aber außerdem auch ausdrücklich angewiesen, wenn die Gegenseite es wünschte, den Plan lediglich in schriftlicher Form vorzulegen. Ich habe aber, obwohl ich während meines Pariser Aufenthalts mit einzelnen Mitgliedern der Reparationskommission ständig in Fühlung war, keinerlei Mitteilung von irgendeiner alliierten Seite erhalten, daß mein Auftreten vor der Konferenz erwünscht sei, oder daß der Plan schriftlich vorgelegt werden solle. Infolgedessen war ich gar nicht in der Lage, mich den alliierten Regierungen oder der Konferenz gegenüber irgendwie zu äußern; ich habe vielmehr bis zum Abbruch der Konferenz vergeblich auf eine Mitteilung gewartet und habe einen Tag nach Abbruch der Konferenz Paris verlassen.

Zu 2 erklären die Herren Klöckner, Silberberg und Sinnes:

Zu der verdächtigen Gegenüberstellung der angeblich klagenden deutschen Industrie gegenüber der ihrer Regierung loyal ergebenden französischen Industrie bemerken wir:

Wir haben uns auf Wunsch der deutschen Regierung schon im Sommer 1922, zuletzt Anfang Dezember 1922 zur Führung von Verhandlungen mit der Gegenseite bereit erklärt. Diese Verhandlungen sollten sich auf Lieferung von Brennstoff beziehen, insbesondere von Koks, der der französischen Eisenindustrie auf Grund langfristiger Verträge während des Deutschland zu gewährenden Moratoriums sichergestellt werden sollte. Man hoffte damit, für eine allgemeine Wirtschaftsverständigung eine Grundlage anzubauen zu können. Gegebenenfalls sollte auch über die Schwierigkeiten in den Holzlieferungen gesprochen werden.

Die Behauptung des Herrn Poincaré, daß die Herren Klöckner, Silberberg und Sinnes zusammen oder vereinzelt mit der französischen Regierung oder mit der französischen Industrie Verhandlungen geführt oder geplant haben, um politische Abmachungen zwischen Frankreich und Deutschland ohne Kenntnis der deutschen Regierung zu treffen, entbehrt somit jeder Grundlage. Sie ist unmoher.

Zu 3 erklärt der Reichsminister des Auswärtigen, Herr von Rosenberg:

Die Vertragsreise des Herrn Poincaré gegenüber England haben wir keiner Bestätigung aussetzen wollen. Die deutschen Wünschen, die ausgehend von der Notwendigkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland eine weitgehende Verständigung der beiden Länder zum Ziel hätten, waren der englischen Regierung bekannt und wurden von ihr in der Hoffnung auf eine sich daraus entwickelnde allgemeine und wahre Befriedigung Europas begrüßt.

In diesem Sinne und in Befolg bereits von der früheren Regierung eingeleiteter Besprechungen trat die gegenwärtige Regierung Anfang Dezember an die Herren Klöckner, Sinnes und Silberberg heran, um durch unmittelbare Verhandlungen dieser Herren mit Herrn Poincaré die Basis für eine wirtschaftliche Verständigung festzusetzen, die französischen Notwendigkeiten und deutschen Möglichkeiten gerecht werden und im Einklang mit den Alliierten Frankreichs angebahnt werden sollte. Da die Herren sich bereit erklärten, wurde Botschafter Dr. Mayer am 2. Dezember 1922 beauftragt, die Vermittlung einer Aussprache mit Herrn Poincaré zu versuchen. Dieser ließ darauf dem Botschafter durch Herrn Peretti mitteilen, daß er vor der Londoner Konferenz zu solchen Verhandlungen nicht bereit sei. Nach Abschluß der Londoner Konferenz, nämlich am 21. Dezember, hat Herr Poincaré seine Ablehnung unter Hinweis auf die noch schwebenden Reparationsverhandlungen der Alliierten, die nicht unterbrochen werden könnten, schriftlich wiederholt.

Der Vorwurf, wir seien für diese Verhandlungen wohl zu Kohlenlieferungen gegen Barzahlung, aber nicht zu Lieferungen auf Reparationskonten bereit gewesen, ist nicht ernst zu nehmen. War doch seit dem Herbst 1922 aller Welt klar geworden, daß Deutschland, wenn es seine Finanzen und damit seine Reparationsfähigkeit wiederherstellen sollte, ein vollständiges und mehrjähriges Moratorium für Barzahlungen und Socklieferungen gewährt werden müsse. Dessen ungeachtet hatte sich die deutsche Regierung in ihrem Moratoriumsantrag vom 14. November 1922 zu Sachlieferungen für den Wiederaufbau auch für die Zeit des Moratoriums bereit erklärt. Wenn sie darüber hinaus auch noch den Notwendigkeiten der französischen Schwerindustrie gerecht werden und deren Koksbedarf durch langfristige Verträge über Preis und Menge sicherstellen wollte, so kann diese Bereitwilligkeit doch wahrhaftig nicht in eine Bosheit umgedeutet werden. Im Zusammenhang mit dem Moratoriumsplan konnte der Vorschlag in einer anderen als der gewählten Form nicht gemacht werden. Mit der Ablehnung des Besuchs der drei Herren brachte Herr Poincaré auch dieses deutsche Angebot zu Fall.

Internationale Beratungen.

Das zur Vorbereitung des Hamburger Kongresses eingesetzte Reuenerkomitee wird nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, in Köln, sondern in Bregenz am Bodensee am 4. April zusammentreten. Ebenso wird das vom Internationalen Gewerkschaftsbund, der Zweiten Internationalen und der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien eingesetzte Reuenerkomitee zur Untersuchung der ökonomischen Lage Deutschlands am 5. April in Bregenz eine Beratung halten.

Die sächsische Dauerkrise.

Leipzig, 9. März. (W.T.B.) Die für heute im Sächsischen Landtag angesetzte Ministerpräsidentenwahl ist wiederum von der Tagesordnung abgesetzt worden. Wann die Wahl stattfindet, steht noch nicht fest.

Spannungen im Innern.

Geldentwertung — Steuern — Löhne.

Die Vorgänge des gestrigen Tages müssen die allgemeine Aufmerksamkeit mit schmerzlicher Schärfe auf die Tatsache lenken, daß es auch in dieser Zeit neben der äußeren noch eine innere Politik gibt. Beide miteinander in Einklang zu bringen, sollte die Aufgabe der Reichsregierung sein. Die Reichsregierung weiß, daß Steuerfragen sowie Lohn- und Gehaltsfragen stets für die innere Politik Gefahrenpunkte gewesen sind. Denn die einen wie die anderen sind Geldfragen, an denen Millionen interessiert sind und in denen sie begreiflicherweise empfindlich sind. Die Regierung sollte sich dessen bewußt sein, daß in diesen Fragen eine feste und klare Führung notwendig ist zu dem Ziel, Verständigungen anzubahnen und Verschärfungen der Gegensätze zu vermeiden.

Was wir aber gestern erlebt haben, das war in den Steuerfragen ein Auseinanderfallen in drei voneinander geforderte Teile — Reichsregierung, bürgerliche Parteien und Sozialdemokratie —, in den Lohnfragen ein Zwiespalt in der Reichsregierung selbst.

Die Regierung hatte einen Entwurf zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldentwertung eingebracht, einen an sich notwendigen Entwurf, dessen rasche Verabschiedung die Sozialdemokratie schon im Interesse einer rechtzeitigen Veranlagung zur Steuer bringen wünscht. Dieser Entwurf ist im Ausschuss von den bürgerlichen Parteien in wichtigen Punkten, so insbesondere was die Auseinanderziehung der Lasten und die Wertungsvorschläge betrifft, ver schlechert worden, während die Sozialdemokratie teils die Regierungsvorschläge verteidigte, teils auf dem Weg der stärkeren Heranziehung des Besizes über sie noch hinausging. Der bürgerliche Steuerblock lehnte nicht nur die von der Sozialdemokratie beantragten Verbesserungen ab, sondern er bestand auch auf den Verschlechterungen, ohne daß die Regierung in der Verteidigung ihrer eigenen Vorschläge Zeichen besonderer Energie zu erkennen gab.

In den Steuerfragen hat eine Umlagerung innerhalb der bürgerlichen Parteien stattgefunden. Früher gab es eine Linie, die von Erzberger, Wirth und Becker-Usenberg über Erlenz zu Reil und Scheidemann ging. Jetzt gibt es eine Linie, die von Helfferich über Becker-Helsen und Herold zu Fischer-Win geht und dort sich abbricht. Herr Hermes, der Reichsfinanzminister, hat sich wohl innerlich auf diese neue Linie nach nicht eingestellt, ihm fehlt aber offenbar die Kraft, an der alten festzuhalten.

So kam es gestern zu einem parlamentarischen Eklat. Nachdem in drei namentlichen Abstimmungen die sozialdemokratischen Anträge auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage abgelehnt worden waren, gab Genosse Hermann Müller eine scharfe Protesterklärung ab. Bei einer folgenden einfachen Abstimmung verließen die Sozialdemokraten den Sitzungssaal, nur Genosse Müller blieb zurück, um die Beschlussfähigkeit des Hauses anzuzweifeln. Die Auszählung ergab, daß die bürgerlichen Parteien nicht in genügender Stärke anwesend waren, um das Gesetz in der von ihnen gewollten Gestalt weiter fördern zu können. Die Sitzung stog auf, eine neue wurde anberaumt.

Die Führer der bürgerlichen Parteien, unter denen ob dieses unerwarteten Vorganges nicht geringe Aufregung herrschte, waren dahin verständigt worden, daß es der Sozialdemokratie vorerst nur darauf angekommen sei, eine Aktion zu erteilen und ein Signal zu geben, daß aber der Weiterberatung des Gesetzes keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollten. In der sofort anberaumten neuen Sitzung hätte also die Beratung ruhig weitergeführt werden können. Nun war es aber Herr Helfferich, der der Kasse die Schellen umhängte, indem er zum scheinlichen Unbehagen eines Teils der bürgerlichen Abgeordneten die taktische Führung an sich riß und abermalige Vertagung beantragte. Sein Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen und damit die weitere Beratung vorläufig vereitelt.

Wenn es — wie zu erwarten ist — über das weitere Verfahren bei der Verabschiedung des Gesetzes innerhalb der bürgerlichen Parteien zu einigen Erörterungen kommt, so ist damit der eine Zweck der sozialdemokratischen Taktik erreicht. Ihr anderer Zweck aber war, für diese Parteien und die Reichsregierung ein deutliches Warnungszeichen aufzurichten und die ganze deutsche Öffentlichkeit aufmerksam zu machen auf einen Kurs der innerpolitischen Entwicklung, der ohne schweren Schaden nicht weiter fortgesetzt werden kann.

Ebenso aber wie in den Steuerfragen, hat auch in den Lohnfragen die innere Politik eine Gefahrenzone zu passieren. Wir haben in unserer gestrigen Abendausgabe einen Protest der Gewerkschaften gegen die Haltung der Reichsregierung veröffentlicht, die in einer Rundgebung gegen weitere Lohnherabsetzungen Stellung genommen hat. Unsere Mitteilung schloß mit folgenden Sätzen: Wie vermutet wird, steht das Arbeitsministerium der

Regierungskundgebung fern, obwohl es allein dafür zuständig wäre. Die von den Spitzverbänden nachgesuchten Verhandlungen werden wohl auch hierüber Klärung bringen. Auf alle Fälle aber muß die Regierung ihre Kundgebung schnellstens und eindeutig widerrufen, wenn sie das deutsche Wirtschaftsleben nicht durch umfangreiche Arbeitslosigkeit noch größeren Gefahren aussetzen will.

Gestern verhandelten nun Vertreter der Spitzverbände, freie Gewerkschaften, Christliche und Hirsch-Dunkerische, mit dem Arbeitsministerium, und es gelang in diesen Verhandlungen, sich auf eine Erklärung zu einigen, die geeignet war, auf die Arbeiterschaft beruhigend zu wirken. Die Veröffentlichung dieser Erklärung ist aber durch den Reichswirtschaftsminister Dr. Becker-Hessen verhindert worden, er verlangt eine Kabinettsentscheidung über sie.

Man muß also feststellen: Zu derselben Stunde, in der die bürgerlichen Parteien bei der Anpassung der Steuern an die Geldentwertung den Besitzenden Vorteile zuwenden, ist ein Kampf darüber entstanden, ob die Geldentwertung bei den Arbeiterparteien weiter berücksichtigt werden darf. Die Regierungsparteien stimmen in dem einen Fall gegen die Regierungsvorschläge, in dem anderen Fall steht ein Teil der Reichsregierung offensichtlich gegen den anderen Teil. In dem einen Fall handelt es sich darum, den Reichen nicht zu viel zu nehmen, in dem anderen darum, den Armen nicht zu viel zu geben, in beiden Fällen aber handelt es sich um eine Politik, für die Herr Dr. Becker-Hessen verantwortlich zeichnet.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft entwickelt sich immer mehr zum Kristallisationspunkt des Bürgerblocks. Das ist eine Gefahr. Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind die stärksten Exponenten der deutschen Außenpolitik, die stärksten Stützen des großen Abwehrkampfes im Westen, und es geht nicht an, sie in der Innenpolitik, in der Finanzpolitik, in der Wirtschaftspolitik lediglich als Objekt zu behandeln. Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind sich voll und ganz ihrer ungeheuren Verantwortung für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes bewußt, gerade deswegen können sie nicht darauf verzichten, in finanz- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten die Interessen der Allgemeinheit und der bedürftigen Volksklassen energisch zu vertreten. Wir wünschen uns einen Mann am Steuer, der das einseht und der stark genug ist, durch gerechte Verteidigung eine Verschärfung der Gegensätze zu verhüten. Der gestrige Tag sollte ein Anlaß zu ernstem Nachdenken werden für alle, die begriffen haben, worum es geht.

Reichsgetreidestelle und Getreidepreis.

Eine Stützungaktion für die Agrarier.

An der Berliner Produktenbörse waren die Roggenpreise, wie wir bereits berichteten, am Donnerstag unter den bisher für Umlagegetreide gültigen Preis gefallen. Die Reichsgetreidestelle hat daraufhin erhebliche Ankäufe vorgenommen und mit ihnen an einem einzigen Tage den Roggenpreis von 28 500 auf 31 000 bis 32 000 M. je Zentner in die Höhe getrieben, d. h. also über den Umlagepreis hinaus.

Das Vorgehen der Reichsgetreidestelle ist um so erstaunlicher, als sie die Aufgabe hat, die Interessen der Verbraucher durch die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides wahrzunehmen. Das wurde ihr außerordentlich erswert durch die maßlosen Forderungen der Agrarier, welche sich immer wieder auf die hohen Preise des freien Verkehrs beziehen, um auch für Umlagegetreide höhere Preise zu fordern. Am Donnerstag hatte es schon den Anschein, als ob die Herren Agrarier nun auch einmal den Segen der freien Wirtschaft in einer ihren eigenen Forderungen entgegengelegten Weise kennen lernen sollten. In demselben Augenblick setzte nun die Reichsgetreidestelle mit ihren Käufen ein und verhalf den Agrariern so dazu, ihren Ansprüchen auf einen hohen Umlagepreis wieder ein gewisses Recht zu verleihen, — ganz

abgesehen davon, daß bei steigenden Preisen am freien Markt die Umlage nur unwillig erfüllt wird!

Wir können nur annehmen, daß es sich um eine Ungeschicklichkeit der Reichsgetreidestelle handelt. Wenn sie in der bewußten Absicht einer Stützungaktion für die Agrarier gehandelt hätte, die bei einem Roggenpreis von mehr als 50 000 M. ihre Ware zurückgehalten hatten in der Erwartung weiterer steigender Preise, so würde sie damit ihre eigene Aufgabe mit den Füßen treten.

Die Regierung gegen Aufhebung der Umlage.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschloß sich am Freitag mit dem Etat des Reichsernährungsministeriums. Auf Anfrage teilte der Minister Dr. Luther mit, daß die Preise für Düngemittel im Verhältnis zur Kaufkraft des Roggens jetzt ungefähr die gleichen seien wie für 1913. Thomasmehl und Superphosphate seien allerdings gegenüber 1913 erheblich gestiegen. Eine Ermäßigung der Kohlensteuer oder ein Nachlaß der Fracht würden keine durchgreifende Besserung bringen. Die freie Wirtschaft erlaube der Regierung zwar ein erstrebenswertes Werk, aber es müsse schon jetzt die Notwendigkeit erkannt werden, daß es nicht angehe, die Getreidewirtschaft vollständig dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Ueber einen Antrag der Deutschnationalen, die Zwangswirtschaft für landwirtschaftliche Produkte mit Beginn des Erntejahres 1923/24 aufzuheben, wird am Sonnabend abgestimmt werden.

Keine Steuerkredite für Lohnsteuer.

Amlich wird mitgeteilt: In der Presse sind Gerüchte darüber verbreitet worden, daß die Arbeitgeber ermächtigt sind, die im Wege des Steuerabzuges einbehaltenen Lohnbeträge jährlich abzuführen und dadurch viele Monate hindurch mit dem Gelde des Fiskus arbeiten können. Diese Gerüchte sind falsch. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die von dem Arbeitslohn der Arbeitnehmer einbehaltenen Steuerbeträge spätestens bis zum 10. des auf die Lohnzahlung folgenden Kalendermonats an den Fiskus abzuführen. Die Einhaltung dieser Anordnung wird von den Finanzämtern überwacht. Dadurch ist Vorsorge getroffen, daß die im Wege des Steuerabzuges einbehaltenen Beträge dem Reiche so schnell als möglich zufließen.

Purzelbäume der „Deutschen Zeitung“.

Minister Severing und die blaue Uniform.

Die „Deutsche Zeitung“ knüpft an die Mitteilung, daß die preussische Staatsregierung dem Innenminister, Genossen Severing, 10 Milliarden zur Beschaffung von blaugrauem Tuch für die von den Franzosen seinerzeit geforderte neue Uniform der Schutzpolizei zur Verfügung gestellt hat, folgende Bemerkung:

„Die Reichsregierung hat sämtliche Entschädigungszahlungen und Sachlieferungen an Frankreich eingestellt, aber der preussische Innenminister und sein getreuer Gehilfe Herr Wegg sind besessen, nach wie vor den Wünschen der Franzosen bedingungslos nachzugeben.“

Weiter bezeichnet die „Deutsche Zeitung“ die Beschaffung des Tuches als „ungeheure, gänzlich überflüssige Ausgaben“. Da die „Deutsche Zeitung“ ausdrücklich bemerkt, daß der Innenminister in diesem Fall lediglich Vollzugsorgan der Staatsregierung ist, macht sie durch den ersten Satz bereits den Angriff auf den Innenminister hinfällig. Aber auch im übrigen beruht die Attacke auf den böswilligsten Entstellungen. Nicht die Franzosen, sondern die Interalliierte Militärkommission hatte die neue Uniform in einer Note vom 15. März 1922 gefordert. Nicht die preussische Staatsregierung, sondern die Reichsregierung hat die Forderung der Kommission angenommen. Aufgabe der Reichsregierung wäre es also, von dem Uebereinkommen zurückzutreten. Außerdem ist das Tuch bereits vor mehr als einem halben Jahr bestellt worden, so daß eine Veränderung der Dispositionen nur mit finanziellen Einbußen durchgeführt werden könnte. Endlich werden die

Bestände der alten Uniformen aufgebraucht, ehe das neue Tuch verwendet wird, so daß eine finanzielle Mehrbelastung überhaupt nicht in Frage kommt. Soweit die Tatsachen, die teils seit langer Zeit bekannt sind, teils von Minister Severing im Hauptauschuß des Landtages mitgeteilt wurden. Wenn man also bei der Redaktion der „Deutschen Zeitung“ nicht ein unverantwortliches Maß von Dummheit voraussetzen will, muß man zu Betrachtungen über ihre journalistischen Gepflogenheiten kommen, die für den Psychologen die interessantesten Ausblicke eröffnen.

Der Fall Hector.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Die Bedeutung des Prozesses, den das saarländische Mitglied der Regierungskommission des Saargebiets, Dr. Hector, gegen den Redakteur der „Saarbrücker Zeitung“, Franke, angestrengt hat und der mit der völligen moralischen und politischen Erledigung des Anklägers Hector endigte, reicht weit über die Tatsache hinaus, daß endlich ein Mann über Bord gegangen ist, der sich als Landesverräter schwer an seinem Vaterland versündigt hat. Der Prozeß ist zugleich eine empfindliche Niederlage sowohl der Regierungskommission des Saargebiets wie des Bölkerbunds, der ihre Politik bisher gedeckt und alle Klagen und Beschwerden der Saargebietsbevölkerung in den Wind geschlagen hat.

In jenem Prozeß, in dem der angeklagte Redakteur Franke den Nachweis zu führen hatte, daß Dr. Hector tatsächlich ein Landesverräter sei, leugnete dieser als Zeuge unter seinem Eid, daß er eine Adresse der Stadt Saarlouis, die er in eine Ergebenheitsadresse für Frankreich umgewandelt hatte, mit unterwürfigen Briefen an den französischen Kriegsminister und den kommandierenden französischen General im Saargebiet begleitet habe. Der Geschichtlichkeit der Verteidigung, die unser Parteigenosse, Rechtsanwalt Lehmann, führte und die sich der Mitwirkung Wissender aus der früheren Umgebung Hectors erfreute, ist es zu danken, daß diesem ein glatter Meineid nachgewiesen wurde; denn die belastenden Dokumente wurden in den Archiven genügen, daß seine schimpfliche politische Laufbahn zu Ende ist; daß er prompt krank wurde und dann seine ersten Aussagen schriftlich widerrief. Leider kann er wegen seiner Immunität, die er als Mitglied der Regierungskommission besitzt, nicht wegen Meineids sofort verhaftet werden, und die Bevölkerung des Saargebiets muß sich mit der Genugtuung begnügen, daß seine schimpfliche politische Laufbahn zu Ende ist; denn Dr. Hector ist gezwungen worden, sein Amt sofort niederzulegen. Er wird vorläufig von dem kommissarischen Landrat Land des Kreises Saarlouis vertreten, einem früheren Kaufmann, der politisch ein unbeschriebenes Blatt ist.

Das für die Regierungskommission Feindliche des Falles Hector liegt darin, daß dieser Landesverräter nicht den Mut hatte, zu seinen Taten zu stehen; ein Beweis für die moralische Stärke des Deutschtums im Saargebiet, wo jede direkte oder indirekte Begünstigung der französischen Annexionspolitik nach wie vor als glatter Landesverrat empfunden wird und die fremden Eindringlinge genau so als Bedrücker empfunden werden wie am ersten Tage.

Politisch am bedeutungslossten aber ist, daß der Fall Hector auch eine empfindliche Niederlage des Bölkerbunds bedeutet. Der Engländer Balfour war es, der im August v. J., als die Parteien des Saargebiets der Erneuerung von Hectors Mandat widersprachen, sich unter beleidigenden Anwürfen gegen die deutsche Propaganda im Saargebiet hinter diesen Mann stellte. An dem Bölkerbundrat ist es jetzt, das Unrecht wieder gut zu machen und dem berechtigten Wunsch der Saargebietsbevölkerung stattzugeben, daß das saarländische Mitglied der Regierungskommission entweder durch allgemeine Volksabstimmung oder doch wenigstens vom Landesrat gewählt wird.

Erlebnisse des Tages!

Von Willi Birnbaum.

Ich stand auf der hinteren Plattform eines Straßenbahnwagens. Der Wagen hielt gerade. Fahrgäste stiegen aus und ein. Da kamen ein paar zwölffährige Burschen über den Damm.

„Du, tief mal — Messing!“ sprach plötzlich einer der Burschen zu dem anderen und wies mit seiner Hand auf die Kurbel. „Berd... belt bringt aber Leid...“ vernahm ich grade noch von dem anderen, als der Wagen sich schon in Bewegung setzte.

Dieser Tage war ich in einem Berliner Vorort bei der Arbeiterjugend zu einem Vortrag in ihrem Heim erschienen. Vor Beginn des Abends sprach ich mit den jugendlichen Leitern über vielerlei Dinge. Voller Stolz erzählten sie mir, wie sie mit eigener Mühe und Arbeit sich den leeren Raum ausgehauert, Tische, Bänke, Schmelz, Wandschmuck sich selbst geschaffen, die Heizung allabendlich mitbrachten und die Lichtkosten durch Umlage erstanden. Und wie ich solches vernahm, dachte mich frohmütig ob der Gewißheit, daß hier Jugend in freier Gemeinschaft ein Eigenheim und -leben zu wahren wußte.

Freudig hab ich den Jungen zum Abschied die Hände geschüttelt. Nur weiter so!

Die weltliche Schule einer Arbeitergemeinde veranstaltet einen Elternabend. Mannigfaltig sind die Darbietungen, von viel Hingabe und Fleiß zeugend. Eine freudige, gehobene leiseliche Stimmung liegt über der Versammlung.

Den Leiter der Schule als auch seine Mitarbeiter quälten jedoch noch mancherlei Pläne, die er im Interesse der Fortbildung der Kinder verwirklicht sehen möchte. Den Werkunterricht will er ausbauen, die Schulbücher ausgetauscht und manches andere mehr. Oftmals schon hat er sich an die Gemeinde gewandt, jedoch — er wußte es aus eigener Kenntnis — die Finanzmittel waren zu dürftig, die Dinge zu teuer; es blieb bei kümmerlichen Ansätzen.

Sanftener der Darbietungen jedoch wuchsen seine Wünsche zu unstillbaren Verlangen, und die Liebe zu seinen Kindern gab seinen Worten der Schlußansprache einen inneren Schwung, daß niemand sich dem Banne der Rede zu entziehen vermochte, er in allen den Willen zur Mitarbeit auslöste.

Die Tage darauf brachten ihm Kinder und Eltern gar vielerlei Werkzeug, Material und Bücher; selbst eine Hobelbank wurde ihm zugewiesen.

Mehr als einmal, so erklärte er mir, hatten ihm Tränen nahegestanden, wenn er daran dachte, daß Arbeiterpäter und -mütter es waren, die diese Opfer brachten. Tage danach hatte er sich noch gekümmert, wertvoll, kümmerlich-lebend Arbeitspaar angemessen zu haben

In Wert- und Basilarbeit ist ihm dann aber wieder doppelt und dreifach Freude geworden.

Ein kalter Ostwind legte durch die Straßen. Ich ging in ein Restaurant, um etwas Warmes zu trinken. Drinnen paukte ein junges Mädchen Nöde Schloger auf einem verstimmtten Klavier. Einige der Gäste grölten eifrig mit. Am Schankisch standen andere in lauter Unterhaltung, mit Körper und Armen gestikulierend.

Wenn die „Rust“ schwing, war vielerlei widerliches Zeug zu vernehmen. Ein Disput erregte alsbald meine Teilnahme. Ein wohlbeleibter, untersehter Herr, der eine Kunde nach der anderen in kurzen Zwischenräumen aufstehen ließ, sprach lebhaft auf seinen Nachbar, einen Eisenbahner, ein. „Die da oben... haben alles vergessen, was sie den Arbeitern einst vorredeten. Heut reden sie ganz anders. Aber hier...“ und er zeigte auf seine Brieftasche, die diese Worte, die füllten sich alle. „Ja, ja... sonst kommt man zu nichts!“ Und der Eisenbahner nickte nur. „Herr Wirt! Eine Rundel!“ Von neuem wurde angefochten.

Mich ekelte. Ich zahlte und ging. Mir war jener kuge Mann ein aßer Bekannter. Vor dem Kriege betrieb er ein Lebensmittelgeschäft. Während des Krieges hatte er es verkauft und nannte sich hinfort Großkaufmann, benötigte nur noch Telefon und Reizbuch. „Ja, ja... sonst kommt man zu nichts!“...

Seit mehr als 20 Jahren schon las er die Arbeiterzeitung. Durch einen schweren Berufsfall war er seit zwei Jahren Invalide, kürzlich erhielt er nach langwierigem Prozeß die Rente. Stück um Stück alles irgendwie Entbehrliche hatte er veräußert, seine Zeitung mochte er nicht missen. Sein Geist war reg; seit früher Jugend schon hatte er in der Bewegung gestanden. Lange hatte er seine Not verheimlicht, sein innerer Stolz wehrte sich gegen jede Sondervergünstigung. Doch eines Tages ging es nicht mehr. Ihm blutete sein Innerstes.

Durch Zufälligkeiten erfuhr seine Genossen davon, sammelten allmonatlich, brachten noch dieses Opfer neben vielen anderen — und er bekam seine Zeitung wie bisher.

Innersich bewegt fragte er mich eines Tages, wer es sei, dem er diese Freude verdanke. „Deinen Arbeitsbrüder!“ erwiderte ich und er hat mir lange und fest beide Hände gedrückt.

Und ich habe leithen an so manchen gedacht, der seiner Zeitung fahnenflüchtig geworden war...

Die Zukunft des Neuen Volks-Theaters. Gegenüber irrigen Pressenährungen wird von der Zeitung des Neuen Volks-Theaters folgendes mitgeteilt:

Die Verwaltung des Vereins Volksbühne hat beschlossen, daß das vom Verein bis dahin gepachtete Neue Volks-Theater in der Köpenicker

nicker Straße nach Ablauf dieser Spielzeit als Eigenbetrieb nicht mehr fortführen ist. Ob das Theater damit ganz eingehen wird, steht jedoch noch dahin. Ganz unzutreffend ist aber, daß die Verwaltung von Schauspielern des Theaters am Völkomplah, die ungünstigen Bühnengelderoben in der Köpenicker Straße zu benutzen, auf den Beschluß der Verwaltung des Vereins der Volksbühne irgendein eingewirkt hätte.

Wenn die Verwaltung des Vereins Volksbühne zu dem Beschluß der Aufgabe des Neuen Volks-Theaters kam, so lediglich deshalb, weil das Haus sehr kaufmännisch ist und weil die Mitglieder des Vereins, d. h. die Besucher des Theaters, häufig über die ungünstigen Raumverhältnisse klagten. Es darf dabei bemerkt werden, daß die Verwaltung des Vereins den Vorstand ausdrücklich beauftragte, Mittel und Wege zu suchen, um das Ensemble des Theaters dem Verein zu erhalten, weil die künstlerischen Leistungen des Neuen Volks-Theaters von allen Seiten durchaus anerkannt wurden.

Im Hinblick auf diesen Verwaltungsbeschluß ist dann bei der Schiller-Theater-A. G. angefragt worden, ob diese unter Umständen bereit wäre, ihr Haus an die Volksbühnen zu übertragen, damit der Verein Volksbühne es an Stelle des Neuen Volks-Theaters in Betrieb nehme, wobei ein Teil der Kräfte des Neuen Volks-Theaters und ein Teil der jetzt am Schiller-Theater engagierten Darsteller dort zu einem neuen Ensemble vereinigt werden würden.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten bestehen für das Neue Volks-Theater nur insofern, als es gewiß nicht leicht ist, einen Ausgleich zwischen den ständig wachsenden Unkosten und den durch die Beiträge der Volksbühnen gegebenen Einnahmen zu erzielen. Im übrigen bedeutet aber die Organisation der Besucher für das Theater eine so gesunde und sichere Basis, wie sie außerhalb der Volksbühnenbetriebe kaum ein anderes Berliner Theater haben dürfte.

Finnische dramatische Literatur auf deutschen Bühnen. Im Lübecker Stadttheater gelangte die Komödie „Die Heideschuster“ von Alexis Kivi zur ersten Aufführung. Noch nie war bisher auf einer deutschen Bühne ein finnisches Drama wiedergegeben worden, kaum daß man überhaupt Kenntnis von einer solchen Literatur besaß. Sie ist wenig umfangreich und weist auch nur einzelne Stücke von wirklichem Wert auf. Dazu gehört in erster Linie die naturalistische Bauernkomödie „Die Heideschuster“. Sie stammt aus dem Jahre 1884 und erfreut sich in der Heimat des Dichters, der in seinem 37. Lebensjahre geistiger Unmuthung anheimfiel und 1872 starb, größerer Beliebtheit. Bedeutsamer als die Handlung der Komödie — die an komischen Zwischenfällen reiche, erfolgreiche Brautwerbung des Schusters Esso — ist die lebendige Charakterzeichnung der dem ländlichen Milieu entstammenden Personen des Stückes, die in ihrer ersten, oft behäbigen, aber auch wieder humorvollen Art und Sprache überaus bodenständig und echt erscheinen und im Zusammenhange mit ihrer Umwelt einen interessanten Einblick in das Leben des finnischen Volkes gewähren. Im Lübeck sind die Beziehungen zu Finnland besonders stark, und das war mit ein Grund für die Uraufführung in deutscher Sprache an der dortigen Bühne. Die Darstellung war im ganzen recht geistig und wurde wesentlich gefördert durch die Mitwirkung von Poavo Jännes vom National-Theater in Helsinki, der den Esso in ganz ausgezeichnete Weise verkörperte. Es dürften „Die Heideschuster“ bald auch an anderen deutschen Schauspielhäusern anzutreffen sein. P. L.

Der Berliner Bezirksparteitag.

Im Sichte des „Bölkischen Beobachters“.

Das Organ der „Nationalsozialisten“, der Münchener „Bölkische Beobachter“, beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem Berliner sozialdemokratischen Bezirksparteitag. Da liest man unter der Ueberschrift „Organisierter Volksverrat“ folgendes:

Der ganze Bezirksparteitag war die neueste Illustration für den Weltbetrug an unserem schaffenden Volk. Während man im Innern Klassenkampf bis aufs Messer fordert, den blutigsten Terror ausübt, Arbeiter auf Barrikaden hegt, predigt man gegenüber den Raubtieren des Auslandes händische Unterwerfung, die man „Berständigung“ zu nennen mag.

In München sollen verschiedene Typen umherfahren und die Franzosen verteidigen. Vor ihnen wird gewarnt — Ganz gut. Diese Blätter aber sollten in den Reichstags hineinschreien: Achtung vor Verrätern! Nichts Gutes auf deutsches Volk!

In einem anderen Aufsatz, der sich mit dem angeblich geplanten französischen Vormarsch nach München beschäftigt, wird gefordert, die „Marschisten“ zogen daraus den Schluß, „noch mehr auf dem Bauche liegend zu winseln“, die Münchener Juden aber erwarteten den Einmarsch der Franzosen sehnlichst.

Daß es Verräter gibt, die so schreiben, ist schließlich kein Wunder, aber daß es Idioten gibt, die das gläubig lesen, ist ungeheuerlich und zeigt die Größe der Gefahr.

Trotsky als „Sozialpazifist“.

In einem Interview, das der Moskauer Berichterstatter des „Manchester Guardian“ mit Trotsky hatte, stellte er an diesen eine Reihe von Fragen. Unter anderen folgende: „Wenn die Franzosen im Jahre 1919 in das Ruhrgebiet einmarschieren, so würde, glaube ich, die Krise in Moskau als eine ausschließlich revolutionäre angesehen werden sein. Warum ist das heute nicht der Fall?“ Darauf antwortete Trotsky:

„Sie fragen mich, warum wir den Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet nicht als Ansporn zur Revolution begrüßen. Sicherlich sind wir an einem Siege der Arbeiterklasse interessiert; aber es liegt keineswegs in unserem Interesse, daß die Revolution in einem erschöpften und verbluteten Europa einsetzt und daß das Proletariat von der Bourgeoisie nur Ruinen übernimmt, wie wir sie vom Zarismus und der russischen Bourgeoisie übernommen haben. Die europäischen Arbeitermassen ziehen die Lehren aus dem imperialistischen Krieg nur allmählich. Das kommt in dem allmählichen Wachsen der kommunistischen Internationale zum Ausdruck. (?) Ohne daß wir uns herausnehmen, bestimmte Ereignisse vorauszusagen, haben wir nichtsdessenweniger keinen Zweifel, daß dieser Prozeß zum Siege der Arbeiterklasse in ganz Europa und auf der ganzen Welt führen wird. Sollte es jedoch der Bourgeoisie gelingen, Europa in einen zweiten verheerenden Krieg zu ziehen, so würde das erstens bedeuten, daß hauptsächlich die Generationen der Arbeiterklasse verblutet müßten und vernichtet würden, die die Träger der Zukunft sind, und zweitens würde wirtschaftlich Europa zum Vetter herabsinken. Die Folge würde ein schwerer Verfall der europäischen Kultur für lange Zeit sein, und infolgedessen nicht die Annäherung, sondern im Gegenteil das Hinausgehen revolutionärer Aussichten. Das ist der Grund, warum wir vom revolutionären Standpunkt aus ein Lebensinteresse an der Erhaltung des Friedens haben.“

Wenn der Berichterstatter des englischen Blattes die Aeußerungen Trotskys richtig wiedergegeben hat, so würden diese eine völlige Preisgabe des bisherigen kommunistischen Standpunktes in den Fragen der äußeren Politik bedeuten und die sogenannten „sozialpazifistische“ Politik rechtfertigen, die die Sozialdemokratie, entgegen allen kommunistischen Treibereien, unter Aufbietung aller Kraft vertreten hat.

Der neue schwedische Gesandte in Berlin ist Freiherr Friedrich Nauzel, bisher in Konstantinopel.

Wassermanns Tuberkulosenachweis. August von Wassermann, der Leiter des Instituts für experimentelle Therapie, hat für die Diagnostik der Syphilis die experimentelle Grundlagede in der nach ihm benannten „Reaktion“ geschaffen. Jetzt ist dem Forscher in jahrelangen Untersuchungen der Nachweis einer experimentellen Grundlagede auch für eine spezifische Serodiagnostik auf aktive Tuberkulose gelungen. Das ist um so bedeutungsvoller, als die Schaffung einer zuverlässigen Erkennung für keine Krankheit dringender erscheint, als die Tuberkulose, obwohl wir seit der Entdeckung Robert Kochs in Tuberkulin die Möglichkeit haben, die Infektion mit Tuberkelbazillen im Organismus nachzuweisen. Aber das Vorhandensein von Tuberkelbazillen im Organismus macht diesen ja durchaus noch nicht krank, d. h. behandlungsbedürftig, und meistens die meisten Erwachsenen, besonders in Großstädten, aber auch die Mehrzahl von Kindern geben eine positive Hautreaktion bei der Prüfung mit Tuberkulin, ohne deswegen tuberkulös krank zu sein. Um eine „aktive Tuberkulose“ festzustellen, dafür bieten die Untersuchungen Wassermanns, die er in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlicht, die Grundlagede. Die Bedeutung einer solchen Serodiagnostik trifft besonders das Kindesalter, weil damit die Behandlungsbedürftigkeit von Kindern bestimmbar wird.

Die auf neuen Wegen mit der Feinheit Wassermannscher Serumforschung vorgedungenen Untersuchungen drängen mit der bisher als Dogma geltenden Anschauung, daß die „Antikörper“ im Serum eines an einer Infektionskrankheit leidenden Menschen sich qualitativ völlig gleich denen verhalten, wie sie bei Tieren durch künstliche Immunisierung mit den betreffenden Krankheitserregern im Blute auftreten. Auf Grund seiner Ergebnisse macht Wassermann den sicheren Rückschluß, daß jeder Mensch, ob Kind oder Erwachsener, dessen Serum mit dem Tetanin-Tuberkulose-Verzögerungspositiven Ausschlag gibt, an aktiver Tuberkulose leidet. Ueber die Bewertung eines negativen Ergebnisses dieser Serumprüfung äußert sich Wassermann vorläufig sehr vorsichtig. Die Ausführung der Reaktion, zu der er die Handhoben bietet, ist recht subtil, wird aber dem Arzte in diesen Fällen sicheren Boden für sein Handeln bieten können. Auf die Hauptfrage, ob durch die Serumbiagnostik eine Tuberkulose, d. h. die Anwesenheit von tuberkulösen Gemoede, oder nur ein tuberkulöser Infekt, d. h. die Anwesenheit von Tuberkelbazillen nachgewiesen wird, konnte bisher eine exakte Antwort nicht gegeben werden. Das müßte erst im Laufe von Jahren auf Grund von klinischen Beobachtungen festgestellt werden.

Im Neuen Theater am Zoo findet am Sonntag 12 Uhr, ein Spiel von 6 bis 8 Uhr Konzerte statt. Persönliches Auftreten von Paul Morgan und Harald Casellen.

Der Witwe des Arbeiterdiakters Wald hat die Gemeinde Wien eine Erbschaft von vier Millionen Kronen überlassen.

Das größte Eisenblech für Binnenschiffe hat auf der Wiener Eisenwerkstatt vom Stapel. Es hat eine Länge von 67 Metern und fast 600 Tonnen.

Auf der Suche nach Petroleum. An Bladimiroff werden Vorbereitungen für die Entsendung einer geologischen Kamtschatka-Expedition getroffen, die im Juni 1923 ihre Reise antreten wird, um Petroleumvorkommen festzustellen.

Kronensfeld und Summersbach besetzt.

Münster, 9. März. (W.B.) Im bergischen Land ist außer Kronensfeld auch das nördlich gelegene Kronensfeld heute besetzt worden. Es handelt sich bei der Besetzung der beiden genannten Orte für die Franzosen augenscheinlich darum, die bisher noch freie Strecke Sollingen—Eibersfeld in die Hand zu bekommen. Weiter südlich ist im Laufe des Tages Summersbach besetzt worden.

Wieder ein Mord.

Bochum, 9. März. (W.B.) In der Nacht vom 8. zum 9. März wurden im Essener Stadtteil Altesse friedliche Bürger, die zum Schutze ihrer Häuser in den Straßen patrouillierten, von vier französischen Soldaten mit dem ausgespitzten Seitengewehr bedroht. Da die Einwohner plündernde Franzosen vermuteten, alarmierten sie die Wache der freiwilligen Feuerwehr. Diese wurde von den französischen Soldaten angehalten. Als die Feuerwehrleute abspangen, um mit den Soldaten zu verhandeln, schöß einer von ihnen auf den ihm nächststehenden Feuerwehrmann Boeckmann, tötete ihn durch einen Schuß in die Brust und verschwand über die Brückendammung in Richtung Borbeck. Dasselbe machten auch seine Kameraden, nachdem sie ihre Gewehre abgehossen hatten. Der Getötete wurde nach dem Marienhospital gebracht.

Räubereien.

Bei der Stilllegung des Eisenbahnbetriebes in Duisburg am 24. Februar befanden sich mehrere Bahnposten und 7 mit Paketen beladene Postwagen im Bahnhof. Die Besatzung duldete das Betreten der Bahnsteige und die Ueberwachung der Wagen nicht. Als einige Tage nach der Stilllegung das Ausladen der Postwagen von der Besatzung erlaubt wurde, stellte sich heraus, daß die Wagen geöffnet, Hunderte von Paketen ausgerissen, der Inhalt in den Wagen zerstreut, Hüllen und Aufschriften zerrissen, Leinwandstücke, Stoffe, Hüte u. a. zertrümmert, zertritten und beschmutzt waren. Der Wert der von den feindlichen Truppen fortgenommenen, beschädigten und verdorbenen Gegenstände beträgt viele Millionen Mark.

In Essen haben die Franzosen am 26. Februar einen Postschaffner verhaftet und einen Geldbeutel mit 400 000 Mark, die zur Auszahlung an Alters- und Invalidenrentner bestimmt waren, beschlagnahmt.

Im Gebäude der Oberpostdirektion in Düsseldorf nahm ein großes Aufgebot bewaffneter französischer Soldaten unter Führung von Oberst Bralet 3 Schreibmaschinen weg. In Oberhausen (Rheinland) drang ein Kommando von 5 Alpenjägern, mit Bajonetten und Beilen bewaffnet, in das Dienstzimmer des Postamtsvorstehers ein und schlug die ganze Ausstattung kurz und klein, als für die besetzten Räume Licht und Heizung verlagert wurde. Bei der Postverladestelle Düsseldorf-Grafenberg haben die Franzosen am 23. Februar zwei Bahnpostwagen mit Postpaketen fortgenommen. In Duisburg haben Belgier alle Kellerräume des Postamts erschoben und Werkzeuge und Materialien in großer Zahl gestohlen.

Degoutte verteidigt sich.

General Degoutte ist offenbar nicht mit den militärischen Vorbereitungen zufrieden, die er in zwei Monaten Ruhrbesetzung so überaus reichlich geerntet hat, er lehnt sich auch wie alle siegreichen Generale nach politischer Beistimmung. Einige Proben seiner Talente auf diesem Gebiete hatte er bereits vor einiger Zeit geliefert, u. a. als er dem Vertreter des „Telegraph“ erklärte, Frankreich würde nötigenfalls 1000 Jahre an der Ruhr bleiben. Am Donnerstag hat er wieder einmal eine Pressekonferenz einberufen und dort eine Rede gehalten.

Herr Degoutte bezeichnete die jetzige Situation „als logisch und genau, wie wir es vorausgesehen haben“. Darauf wird selbst die große Mehrheit der französischen Leser mit einem Hohngelächter reagieren. „Wir konnten uns Rebellion und Bedrohung nicht ruhig gefallen lassen, aber wir haben niemanden belästigt und mißhandelt“. „Belästigungen“ und „Mißhandlungen“ fangen offenbar für einen französischen General erst an, wenn schwere Artillerie in Tätigkeit tritt! „Die Zahl der Zwischenfälle verringert sich“. Wir würden es begrüßen, wenn Degoutte mit dieser Behauptung recht hätte, bisher schien allerdings das Gegenteil der Fall zu sein. Hoffen wir, daß wenigstens die Zukunft diesen Optimismus rechtfertigen wird. Ferner trat Degoutte den Meldungen über Eisenbahnunfälle mit tödlichem Ausgang entgegen, die in der deutschen Presse erschienen seien. Es würde uns freuen, wenn nichts dergleichen passierte, müßten aber bemerken, daß alle derartigen Meldungen zunächst in der Orientpresse erschienen sind und erst dann von der deutschen Presse übernommen wurden.

Bezüglich der auch vom Reichsanwalt in seiner Rede erwähnten Vorfälle in Roddinghausen erklärte Degoutte: „Alle in Frage kommenden Offiziere haben mir ihr Ehrenwort gegeben, daß die Beschuldigungen in allen Punkten falsch seien. Ich glaube dem Ehrenwort französischer Offiziere mehr als dem Wort des deutschen Bureau. Im übrigen wage ich selbst darüber, daß sich unsere Soldaten keine Ausschreitungen zuschulden kommen lassen.“ Darauf ist zu erwidern, daß die Vorfälle nicht etwa nur von W.B. gemeldet, sondern auch von deutschen und ausländischen Journalisten an Ort und Stelle kontrolliert wurden. Demgegenüber wiegt das „Ehrenwort“ von Offizieren, die sich ehrlös benommen haben, sehr leicht.

Die Räumung des besetzten Gebietes, meinte der General weiter, würde jetzt ein Triumph der deutschen Nationalisten sein und das Ende der deutschen Republik bedeuten. Es ist zwar richtig, daß der Ruhrmarsch eine Welle des Nationalismus über Deutschland gebracht hat, das konnte aber jedes politische Kind voraussehen. Die Sorge der französischen Militaristen um das Schicksal der deutschen Republik, die sie ununterbrochen schwächen, ist nur heuchlerisch. Die sozialistischen Arbeiter sind es, die vor allen anderen den Abwehrkampf an der Ruhr führen, und das Scheitern des französischen Gewaltunternehmens wird in erster Linie ihr Sieg sein, ein Sieg der pazifistischen, waffenlosen deutschen Demokratie über das militaristische Frankreich des nationalen Blocks. Degouttes Sorge um das Wohl der deutschen Republik und ihrer demokratischen Einrichtungen ist erst bei seinen Verordnungen über das Vereins- und Versammlungsrecht im besetzten Gebiete voll zur Geltung gekommen!

Mit ihren Nationalisten und Monarchisten werden die republikanischen Arbeiter Deutschlands schon fertig werden; dazu benötigen sie nicht Degouttes Verbleiben, sondern im Gegenteil Degouttes Verschwinden!

Die Ruhraktion als Doktorfrage.

Hannoversche vortag ein Kommuniqué, das in deutscher Uebersetzung lautet:

„Die deutsche Regierung hat vor zwei oder drei Tagen allen Mächten, mit Ausnahme Frankreichs und Belgiens, einen Protest gegen die Besetzung des Ruhrgebiets zugehen lassen. Die Rote des

Reichs bemüht sich, die Rechtswidrigkeit dieser Maßnahme nachzuweisen. Um ihrem Nachweis den Anschein der Stärke zu geben, stützt sie die Denkschrift auf ein französisches Werk, nämlich auf eine im Jahre 1913 emgerichtete Doktorarbeit des Studenten der Rechtsfakultät in Paris Herrs Robin, der zu diesem Zweck zu einem bedeutenden Juristen von entscheidender Autorität gemacht wird.

Selbstverständlich wird das deutsche Bestreben auf niemand Eindruck machen. Die Verantwortung der Regierung kann sich in der Tat nicht von den persönlichen Gedanken obstruierender Studenten beeinflussen lassen. Die Aktion Frankreichs gegen Deutschland stützt sich auf einen juristisch genauen und völlig klaren Text, nämlich auf den im Jahre 1919 von Deutschland unterzeichneten Vertrag von Versailles, der (im Teil VIII Anlage II § 18) den Alliierten im Falle einer vorläufigen Verletzung Deutschlands das Recht zu Maßnahmen zuerkennt, die Deutschland nicht als feindselige Handlungen betrachten darf, und die in wirtschaftlichen und finanziellen Sperren, und Vergeltungsmaßnahmen und solcher anderer Maßnahmen bestehen können, die von den respektiven Regierungen als durch die Umstände geboten erachtet werden. Herr Poincaré hat übrigens eine unangenehme Uebersetzung der Argumente aufgestellt, die von der deutschen Regierung mit offensichtlichster Unehrlichkeit entwickelt worden sind.“

Ein offizieller deutscher Kommentar dazu begrüßt die angeführte Widerlegung, zumal Frankreich bisher einfach geschwiegen oder die deutschen Feststellungen der Rechtswidrigkeit zurückgeschickt habe. Die Autorität Robins sei anerkannt; so habe Professor Louis Renault, der bis zu seinem Tode Justiziar des französischen Außenministeriums war, dem Buche ein Wort gegeben, das die Arbeit mit Worten höchster Anerkennung der Staatsmänner und Diplomaten zur Benutzung empfiehlt. Ferner hat der Völkerrechtler Paul Fauchille in seiner letzten Ausgabe des Handbuchs des Völkerrechts von Bonfils das Robinische Buch nicht nur als ein sehr bemerkenswertes Werk bezeichnet, sondern sich dessen Ergebnisse in den wesentlichen Punkten angegeschlossen. Noch bezeichnender ist es, daß auch die französischen Anklagebehörden sich jedesmal auf das Werk berufen, wenn sie es irgendwie gegen deutsche Angeklagte verwerten zu können glauben.

Die deutsche Denkschrift erwähnt aber das Buch nur nebenbei und nur dort, wo sie sich mit den franko-belgischen Einzelmaßnahmen beschäftigt, nicht dagegen in dem Teile, der die grundsätzliche Rechtswidrigkeit des Einmarsches selbst nachweist.

Kein Protest, sondern Vorstellungen.

London, 9. März. (W.B.) Reuter erzählt: Es ist nicht richtig, daß ein formeller britischer Protest bei Frankreich wegen der Besetzung der Gebietsstreifen zwischen den Rheinbrückenköpfen erhoben worden ist. Die britische Regierung hat aber mündlich Vorstellungen bei Frankreich erhoben und auf die ersten Unzulänglichkeiten hingewiesen, die den britischen Behörden im Rheinland infolge des französischen Vorgehens, welches das von den Engländern besetzte Gebiet vollständig einschließt, erwachsen sind. Es ist nachdrücklich betont worden, daß der britische Oberkommissar für das Rheinland keinen Anteil an dem Beschluß des französischen und des belgischen Oberkommissars genommen hat, durch den die Rheinlandkommission die Autorität in diesem Gebiet für sich in Anspruch nimmt, und daß der britische Oberkommissar jede Verantwortung für diese Handlung abgelehnt hat.

Dem Pariser „Transatlantique“ zufolge bestreitet allerdings das französische auswärtige Amt, daß ein solcher mündlicher Protest bisher erfolgt sei. Es werde lediglich über diese Frage zwischen Paris und London verhandelt.

London, 9. März. (W.B.) Reuter meldet: General Godlen fährt heute nach Köln zurück. Eine Uebereinstimmung zwischen Großbritannien und Frankreich über die Eisenbahn ist noch nicht erreicht worden. Ist der zur Erörterung stehende Plan ratifiziert worden, dann werde Frankreich beinahe dieselben Erleichterungen genießen, wie in dem Zeitraum vor der Besetzung des Ruhrgebiets, aber in manchen Kreisen wird eine Ratifikation für zweifelhaft gehalten.

Das tschechische Ausnahmegesetz.

In einem einzigen Tage hat das tschechische Abgeordnetenhaus das sogenannte Republikstimmgesetz durch beraten und angenommen, nachdem eine Anzahl obstruierender Kommunisten vom Präsidenten ausgeschlossen und infolge Nichtfolgestellung von der Parlamentswache hinausgeschleift worden waren. Die deutschen Sozialdemokraten gaben durch den Genossen Dr. Czech eine scharfe Protestklärung ab, ebenso die anderen Oppositionsparteien, darunter auch die slowakischen Autonomen, worauf sie den Saal verließen. Vier Angehörige der tschechischen nationalsozialistischen Partei erklärten sich gegen das Gesetz, sie wurden darauf aus der Fraktion ausgeschlossen. Die Annahme des Gesetzes erfolgte lange nicht mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Mehrheit, obwohl das Gesetz Verfassungsgarantien aufweist. Den 152 Abgeordneten der tschechischen nationalen Regierungsmehrheit stehen 120 Oppositionelle gegenüber, während die Stellung von 13 Abgeordneten unsicher ist.

Tschchoslowakei und Ruhrhilfe.

Prag, 8. März. (U.) Auf eine Intercession der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten erklärte der Minister des Innern, daß die von der Gendarmrie in einzelnen deutschen Orten beschlagnahmten freiwilligen Spenden für die Ruhrhilfe wieder freigegeben werden würden. Auch die Kinder von in Deutschland anlässigen tschechoslowakischen Staatsangehörigen sollten zum Ferienaufenthalt in der Republik die nötige Aufenthaltserlaubnis bekommen. Die Zahl der reichsdeutschen Kinder, die zum Erholungsurlaub in die Tschchoslowakei kommen können, wurde auf 4500 festgesetzt.

Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner.

Die am 1. Januar verbrieften Militärrenten sind vom 1. März ab abermals verdreifacht, also im ganzen verdoppelt worden. Sterbegeld, Pflegezulage und Unterhaltskosten für den Führerhund sind vom 24. Februar auf das 72fache erhöht worden. Die Pflegezulage beträgt somit je nach dem Grade der Hilfsbedürftigkeit monatlich 8000 M., 6000 M. oder 9000 M. Die daneben im Falle des Bedürfnisses gewährten Teuerungszuschüsse betragen vom 1. Februar ab bei Erwerbsminderung von 50—90 p. 18000 M., darüber hinaus 25000 M., bei völliger Erwerbs- und Mittellosigkeit 50000 M. Halbwaisen erhalten 12000 M., Vollwaisen 20000 M., Elternrente 15000 M. ein Elternpaar 24000 M., der Kinderzulage beträgt 11000 M. Im besetzten und im Einbruchgebiet werden hierzu außerdem besondere Zuschüsse erteilt.

Die in Nordamerika beschlagnahmten deutschen Vermögen werden bis zum Betrag von 10 000 Dollar zurückgegeben.

Völkerbundkommissar in Danzig ist fortan der Engländer Mac Donall, der unter anderem auch in Chemnitz studiert hat und lange im Sudan und in Ägypten Beamter gewesen ist.

Gewerkschaftsbewegung

Die Metallfunktionäre zum Schiedspruch.

Montag und Dienstag Urabstimmung.

Die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes waren gestern abend in der Schulküchebrauerei Hasenheide versammelt, um zu dem Schiedspruch, der eine Lohnerhöhung von 15 Proz. für die Zeit vom 5. bis 31. März vorsieht, Stellung zu nehmen. Bevölkerungsmächtiger Ulrich führte aus, daß, nachdem die Verhandlungen am 24. Februar gescheitert waren, das Reichsarbeitsministerium vom Metallarbeiterverband angerufen wurde, um einen Spruch zu fällen. Es fanden dann am 3. März Verhandlungen statt, wobei die Arbeitervertreter betonten, daß der Standpunkt des Verbandes Berliner Metallindustrieller, für den Monat März keine Lohnerhöhung zu zahlen, einfach unhaltbar sei. Das Schiedsgericht, das keinen Spruch, der auf Lohnerhöhung hinausging, fällen wollte, brachte die Zahlung eines Vorschusses von 5000 M. in Vorschlag, die später wieder abgezogen werden sollten. Die Arbeitervertreter lehnten diesen Schiedspruch ab. Da der unparteiische Vorsitzende sich weder für die Auffassung der Arbeitnehmer noch für die der Arbeitgeber entscheiden mochte, kam kein Spruch zustande. Auf Anregung der Arbeitgeber fanden neue Verhandlungen am 8. März im Reichsarbeitsministerium statt. Hier arbeiteten die Arbeitgeber mit geradezu lächerlichen Argumenten. Da, sie fanden sogar den Mut, die Februarlöhne zur Lebenshaltung für ausreichend zu erachten. Man bot abermals Vorschläge an, die aber wieder nach dem 15. April in Abzug gebracht werden sollten. Unsere Vertreter lehnten diese wiederum ab und bestanden auf einer Erhöhung der Löhne. Endlich nach neunstündiger Verhandlungsdauer föllte das Schiedsgericht einen Spruch, der eine fünfzehnprozentige Zulage festsetzt. Die Unternehmer stimmten gegen diesen Spruch.

Bevor die Diskussion eröffnet wurde, gab Ulrich auf Antrag noch die Ansicht des Metallartells bekannt, die dahin geht, den Funktionären die Annahme des Spruches zu empfehlen. In der nun folgenden Diskussion traten sämtliche Redner für die Ablehnung des Spruches ein und bezeichneten diese Zulage als verhöhrend und lächerlich. Im übrigen verlangten sie baldige Urabstimmung in den Betrieben. Nach einem kurzen Schlußwort Ulrichs, worin er den Diskussionsteilnehmern antwortete, wurde die Abstimmung über den Schiedspruch vorgenommen. Sie ergab dessen Ablehnung. Das Metallartell hat beschlossen, diesen Schiedspruch am Montag und Dienstag in den Betrieben zur Abstimmung zu bringen und den Mitgliedern die Annahme des Schiedspruches zu empfehlen.

Der Standpunkt des VDMZ.

Ueber die Gründe, die das Verhalten des Verbandes Berliner Metallindustrieller bestimmen, der auch den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums mit 15 Proz. Lohnerhöhung ablehnen will, verbreitet die B.S.-Korrespondenz folgende Erklärung:

Bei der diesmaligen Regelung der Lohnverhältnisse in der Metallindustrie könnten und dürften lediglich Erwägungen wirtschaftspolitischer Natur maßgebend sein. Für die Metallindustrie trifft ebenso wie für alle anderen Industrien die Notwendigkeit zu, im Rahmen der von der Regierung begünstigten Preisentwicklung dahin zu wirken, daß auch tatsächlich ein Abbau der Preise beginnt. Es darf nicht übersehen werden, daß die Bergarbeiter vorläufig auf eine Erhöhung der Löhne verzichtet haben, daß auch das Reich eine Erhöhung der Grundgehälter für die Beamten und Arbeiter ablehnen mußte, um nicht den Preisabbau durch Lohnerhöhungen auf der ganzen Linie illusorisch zu machen. Eine neue Erhöhung der Löhne in der Metallindustrie würde bedeuten, daß auch in den verwandten und in fernstehenden Industrien neue Lohnerhöhungen mit der Begründung gefordert würden, daß in diesem wichtigen Zweig der deutschen Industrie Erhöhungen in einem Ausmaß gewährt worden seien, in dem die maßgebenden Kreise des Handels und der Industrie bemüht sind, die innere Festigung der Mark durch einen Abbau der Preise zu stützen. Eine neue Lohnerhöhung würde letzten Endes bedeuten, daß der Handel gezwungen wäre, nun auch seinerseits Preisserhöhungen für die in der Herstellung verteuerten Waren vorzunehmen und schließlich würde dieses Anziehen der Preise auch auf die Lebenshaltung der Arbeitnehmer nicht ohne Einfluß sein. Es wäre zu wünschen, daß man in den Kreisen der Arbeitnehmer der Berliner Metallindustrie sich diesen Erwägungen nicht verschließen, und daß auch diese Arbeitergruppe, dem Beispiel der Bergarbeiter folgend, mit dazu beitragen würde, den Preisabbau, der durch ständige Lohnerhöhungen unmöglich gemacht wird, in schnellem Tempo zu vollziehen.

Mit dieser Offenbarung, aus der hervorgeht, daß die Arbeitnehmererschaft auf Kosten ihrer Lebenshaltung die Preisentwicklung durchzuführen müßte, können die Arbeiter nichts anfangen. Diese Zustimmung könnte ihr vielleicht dann gefällt werden, wenn ihre Löhne in einem günstigen Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen ständen. Bei Löhnen jedoch, die hinter dem Existenzminimum zurückbleiben, es im günstigsten Falle kaum erreichen, ist es einfach ein Ding der Unmöglichkeit, die hohen Lebensmittelpreise zu bestreiten, solange bis sie eine merkliche Senkung aufweisen.

Eine derartige Fuchsspredigt an die Enten zu richten, ist sehr leicht. Leicht aber ist es, auf einen Gewinnanteil, einen Teil des Ueberflusses zu verzichten, als auf einen Teil der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse. Ob dem Preisabbau mehr gedient wird durch nachdrückliche Senkung der Rohstoffe, der Groß- und Kleinhandelsware, anstatt durch Vermeidung selbst einer so geringen Lohnzulage, mit größeren Lohnkämpfen, die durch eine derartige Taktik heraufbeschworen werden, dürfte weder dem Unternehmertum, noch der Regierung zweifelhaft sein. Billigere Lebensmittel ermöglichen erst den Verzicht auf Erhöhung der Löhne.

Keine Erhöhung der Beamtengelder.

Im Reichsfinanzministerium wurde gestern nachmittag beschlossen, die Belohnungszulage um 10 000 M. und die Rinderzulage um 2000 M. mit Wirkung ab 1. Februar 1923 zu erhöhen. Die Belohnungszulage beträgt demnach pro Monat in der Ortsklasse A 16 000 M., Ortsklasse B 13 400 M., Ortsklasse C 14 800 M. und die Rinderzulage 3200 M. Ein Antrag der Gewerkschaftsvertreter, die Belohnungszulage für alle Klassen gleichmäßig zu geben, wurde vom Reichsfinanzministerium nur insoweit berücksichtigt, als die Zulage ab 1. Februar gleichmäßig bemessen wurde.

In der gestrigen Besprechung von Vertretern des Reichsfinanzministeriums mit den Gewerkschaften wurde von den Regierungsvertretern erklärt, daß keine allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter der Reichsarbeiter, Angestellten und Beamten für März eintreten könne. Die Regierung sei bereit, mit ent-

sprechenden Vorschlägen zu helfen. Die Art dieser Vorschläge soll in einer erneuten Besprechung am Montag, den 12. März, festgelegt werden.

Die Verhandlungen über Ortslohnzuschläge für die Beamten und Angestellten sollen am Dienstag, den 13. März, beginnen und werden voraussichtlich am 20. März beendet. Eine Angleichung an die Ortslohnzuschläge für Reichsarbeiter nach Höhe und Orte ist von der Regierung nicht beabsichtigt.

Nach Abschluß dieser Verhandlungen bleiben die Beamten in ihrem Einkommen trotz gleichwertiger Beschäftigung und gleicher wirtschaftlicher Verhältnisse weiter benachteiligt.

Zum Kampf im Fleischergetriebe.

Zur Beilegung der Differenzen wurde gestern im Reichsarbeitsministerium von 10½ bis 8¼ Uhr abends verhandelt. Ein Schiedspruch wurde nicht abgegeben, da — wie der Vorsitzende mitteilte — die Arbeitnehmervertreter während der Beratungen ihre weitere Mitwirkung einstellen werden.

Die Streikenden und Ausgesperrten werden heute früh um 8 Uhr in einer Versammlung zu den Verhandlungen Stellung nehmen. Dabei dürfte die Laitsche eine Rolle mitspielen, daß die Arbeitgeber nach dem Scheitern der Verhandlungen ein Angebot der Arbeitnehmer, sofort in weitere gegenseitige Verhandlungen einzutreten, rundweg ablehnten.

Gescheiterte Lohnverhandlungen für die Gemeindebetriebe.

Die Verhandlungen des Lohnartells der Berliner Gemeindebetriebe über Zahlung von Nachschüssen für den Monat Februar und über die Märzlöhne, die gestern im Tarifvertragsamt des Magistrats stattfanden, sind ergebnislos geblieben. Die Vertreter des Magistrats stellen sich auf den Standpunkt, der Entscheidung des Reichs in den Lohnfragen nicht vorzugreifen zu können. Das Lohnartell hat hierauf sofort beim Reichsarbeitsministerium die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragt.

Der Streik der Speichereiarbeiter.

Hierzu wird uns berichtet: In zwei Betrieben wird zu den neuen Lohnsätzen gearbeitet. Auf Anfrage des Polizeipräsidenten ist zugelegt worden, daß etwa erforderliche Notkasssarbeiten in diesem Umfang nach vorheriger Verständigung mit dem Verkehrsband von den streikenden Speichereiarbeitern verrichtet werden. Die Streikenden werden alles aufbieten, um die dringend benötigten Lebensmittel vor dem Verderben zu schützen. Der Kampf der Speichereiarbeiter ist nicht der Bevölkerung Berlins, sondern er richtet sich gegen die Speichereibesitzer, deren Bestreben es ist, das bisherige Lohnniveau der Arbeiter herabzudrücken und so die Arbeiter immer mehr der Verelendung in die Arme zu treiben. Dem muß im Interesse der gesamten Arbeiterbevölkerung entgegengetreten werden. Außer und Arbeiter, ist Solidarität!

Kampf in der Musikinstrumentenindustrie!

Seit mehr denn zwei Wochen werden in der Berliner Musikinstrumentenindustrie fast ununterbrochen Verhandlungen zwecks Lohnerhöhungen mit dem Arbeitgeberverband geführt. Als am 22. Februar die Verhandlungen scheiterten, kamen die beiderseitigen Vertragsparteien überein, den Schlichtungsausschuß anzurufen, der auch am 27. Februar einen Schiedspruch fällte, der auf die in der Branche bestehenden Tariflöhne von 908 M. eine Erhöhung von 35 Proz. für die zweite, 45 Proz. für die dritte Woche im Februar, insgesamt 60 Proz. für die erste Woche im März vorsah. Nachdem die Arbeitnehmer diesen Schiedspruch als unzureichend ablehnten, wurde auch von den Arbeitgebern die Zustimmung verweigert. Schließlich wurde eine Verständigung dahingehend gesucht, daß der Demobilisationskommissar zum 1. März neue Verhandlungen anberaume, die jedoch von den Arbeitgebern sabotiert wurden.

Daß die Berliner Musikinstrumentenarbeiter trotz dieses Verhaltens in den Betrieben bleiben, ist nur auf ihre auto Disziplin zurückzuführen. Zum Donnerstag wurden neue Verhandlungen vereinbart, und hier zeigte es sich, daß die voluinstarken Fabrikanten gegenwärtig kein Interesse an der Weiterführung ihrer Betriebe haben, da sie jedwede den Zeitverhältnissen entsprechende Lohnzulage ablehnten.

Bewogen sich die Berliner Musikinstrumentenarbeiter in der Lohnfrage vor etwa 10 Wochen noch auf einer mittleren Linie, so hat dieser Zustand sich insoweit geändert, daß sie heute mit an letzter Stelle der Industriearbeiter stehen. Was die Berliner Fabrikanten an Einnahmen innerhalb der letzten zwei Jahre erzielten, ist daraus zu erkennen, daß diese Herrschaften ihre Fabrikate nur nach Auslandswährung bezahlt erhielten, wogegen auf der anderen Seite den Arbeitern lumpige Papiermark bei Lohnverhandlungen in beschränkter Form zur Verfügung gestellt wurden. Die Musikinstrumentenarbeiter sind sich des Ernstes der jeweiligen Situation, in der sie stehen, bewußt und können den jetzigen Zustand in der Entlohnung nicht länger ertragen. Wird nicht bessere Einsicht in dem Kreis dieser ausgeprägten Scharfmachergruppe wachen, dann ist der Kampf in den nächsten Stunden zur Unvermeidlichkeit geworden.

Lohnbewegung im Groß-Berliner Bootbau.

Von 81 in Groß-Berlin abgeschlossenen Tarifverträgen ist der Lohnsatz der im Bootbau beschäftigten Arbeiter als einer der niedrigsten zu verzeichnen. Sie erhalten zurzeit nicht einmal den Lohn eines ungelerten Arbeiters anderer Berufsgruppen. Nachdem von den Unternehmern eine Revision des Lohnabkommens stritte abgelehnt worden war, fanden am Mittwoch Verhandlungen statt, in der vom Verband der Schiffszimmerer für die Zeit vom 5. März bis 11. März 40 Proz. und ab 12. bis 24. März weitere 20 Proz. gefordert wurden. Die Arbeitgeber lehnten eine Erhöhung der Löhne für die Zeit vom 5. März bis 11. März strikte ab, für die Zeit vom 12. bis 24. März waren sie bereit, ganze hundert Mark zuzugestehen, so daß der Lohn ab 12. März in einem Gewerbe, das fast ausschließlich Luxusware überwiegt für's Ausland zu ganz beträchtlichen Gewinnen herstellt, ganze 1200 Mark pro Stunde für den hochqualifizierten Arbeiter betragen würde. Dieses Anstehen der Unternehmer muß von der Verhandlungskommission ganz entschieden abgelehnt werden. Der Schlichtungsausschuß wird zu Beginn der nächsten Woche hierzu Stellung nehmen. Der gegenwärtige Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Die Vertrauensmänner aller Betriebe werden ersucht, am Donnerstag, den 15., abends 6 Uhr, im Verbandsbüro zu dem Schiedspruch Stellung zu nehmen. Bis dahin heißt es, Ruhe zu bewahren, um, wenn nötig, den Unternehmern in geschlossener Kampffront zu beweisen, daß sie nicht leichtfertig die Existenz ihrer Arbeiter untergraben dürfen.

Wie Kommunisten Betriebsräte wählen.

Hierzu wird uns geschrieben: Welcher Mittel sich die kommunistischen Parteigänger bedienen, um Erfolge zu erzielen, sei an folgendem Beispiel gezeigt: Aus Anlaß der Betriebsratswahlen in den Betrieben National-Registrierkassen Reutölln, Wert Weiganduser und Köpenicker Straße, war zwischen den Fraktionen der K.P.D. und R.P.D. versucht worden, eine gemeinsame Liste aufzustellen, jedoch vergeblich. Die Kollegen der K.P.D. hatten sich schon vorher festgelegt und wollten nur eine Einheitsliste mit sieben K.P.D.- und zwei R.P.D.-Kandidaten eingehen. Sonst wollten sie lieber politisch indifferent mit auf ihre kommunistisch-freigewerkschaftliche Liste setzen. So wurde dann auch verfahren. Die Funktionäre stellten eine rein kommunistische Liste auf; um derselben einen freigewerkschaftlichen Anstrich zu geben, setzte man auch einige Unorganisierte darauf. Diese Liste ließ man in einer allgemeinen Betriebsversammlung bestätigen, wo nach einer Anzahl weiterer Vorschläge gemacht wurden. An dem Zustandekommen dieser sogenannten freigewerkschaftlichen Liste wirkten hier auch Unorganisierte mit. Nachdem man auf diese Weise genügend Kandidaten zusammenbekommen hatte, verteilte man im Betrieb vorgebrachte Stimmzettel, auf denen die überflüssigen Kandidaten zu streichen waren. Von etwa 550 organisierten Kollegen haben nur 60 Proz. von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Die übrigen lehnten es ab, sich an einer Wahl zu beteiligen, die allen gewerkschaftlichen Grundfragen hohnsprach.

Der Zufall wollte es nun, daß im Werk Köpenicker Straße die Rossläufer von den politisch Unorganisierten geschlagen und aus dem aktiven Betriebsrat hinausgeführt wurden. Doch sie wußten sich zu helfen. Sie wandten nun zwischen ihren politisch organisierten Kandidaten und den „Unpolitischen“ die Verhältniswahl an. Auf diese Weise gelang es ihnen, doch noch ihre Leuchten in den Betriebsrat zu bringen. Ein Teil der Durchgefallenen hat nunmehr eingesehen, daß man sie als Mittel zum Zweck gebraucht hatte. Für die kommunistische Partei aber ist eine neue Etappe auf dem Wege zur Weltrevolution erreicht.

Wie sieht's mit der internationalen Solidarität?

Diese bedeutsame Frage hat für seinen Teil der amerikanische Bergarbeiterverband für die Zeit während des letzten amerikanischen Bergarbeiterstreiks beantwortet. Aus dem Bericht der Kontrollkommission des Verbandes ergibt sich, in welchem Maße die streikenden Bergarbeiter während des letzten Streiks von den anderen Arbeitern — sowohl Amerikaner als des Auslandes — unterstützt worden waren. Der Gesamtbetrag dieser Unterstützungen betrug sich auf 103 000 Dollar belaufen, wobei allerdings nur die Gaben an die Zentralkasse, nicht die Zuwendungen von Lokorganisation an Lokorganisation berücksichtigt wurden. Ein Viertel der Unterstützungen (23 000 Dollar) haben die mehr oder minder voluinstarken europäischen Arbeiter aufgebracht: zum Teil direkt (die Bergarbeiter Belgiens, Hollands, Dänemarks und der Tschechoslowakei), zum Teil durch den internationalen Bergarbeiterverband. Die übrigen Gaben stießen aus den amerikanischen Verbänden: 50 000 Dollar von den Damenschneiderarbeitern, 25 000 von den Eisenbahntelegraphisten. Und wieviel von den übrigen amerikanischen Verbänden? Red. des „Sora.“ Außerdem hat der streikende Verband Anleihen erhalten: 50 000 von dem Lokomotivführerverband, 40 000 von den Bergarbeitern des Bezirks Kentucky, den einzigen organisierten Bergarbeitern, deren Vertrag nicht abgelaufen war und die sich daher nicht im Streik befanden. Diese Ziffern sind von dem Verbandsvorsitzenden als durchaus unbefriedigend bezeichnet worden; denn sie haben die Streikenden nur zu einem ganz geringen Teil gedeckt. Das geht daraus hervor, daß die Gesamtausgaben des Verbandes in der Periode von Februar bis August 1,3 Millionen, die Ausgaben 1,8 Millionen betragen haben. Die finanzielle Lage des Verbandes wurde noch dadurch gefährdet, daß 800 000 Dollar aus Anlaß einer Anklage des Unternehmervverbandes gerichtlich beschlagnahmt und erst nach Beendigung des Streiks freigegeben worden waren.

Einen rechten Schluß lassen diese Angaben nicht zu. Grundtätlich ist zu sagen, daß die Solidarität nicht so weit gehen kann und darf, einer im Streik stehenden Organisation die ganze Last der Streikkosten abzunehmen. Zur Zeit des amerikanischen Bergarbeiterstreiks wie auch noch jetzt wurde die Solidarität der Arbeiter einer ganzen Reihe von Ländern durch Wirtschaftskrisen sehr erschwert. Hinzu kommen die Wältaverhältnisse, insbesondere für Deutschland und Österreich, schließlich aber auch der Umstand, daß der amerikanische Gewerkschaftsbund unter recht scheinbaren Gründen seinen Ausritt aus dem internationalen Gewerkschaftsbund vollzogen hat.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß die internationale Solidarität nicht noch recht vieles zu wünschen übrig läßt. Voraussetzung für finanzielle Unterstützung ist aber auch die Ueberzeugung, daß die Gegenseitigkeit anerkannt ist.

Eine Aussperrung in der sächsischen chemischen Industrie hat am Donnerstag eingeleitet, weil der Fabrikarbeiterverband einige Betriebe bestreikt hatte. Das Reichsarbeitsministerium hat Verhandlungen angebahnt, die heute in Leipzig vor sich gehen sollen.

Die Zahl der Arbeitslosen in Italien ist im letzten Jahre erheblich zurückgegangen. Am 1. Januar 1923 betrug sie 881 068 gegen 541 775 im Vorjahre.

Wahlung, Straßenbahnern Entlassung zum 30. Februar 1923: Die heutige Verhandlungen ergaben, daß der Schiedspruch sofort durchgeführt wird. Zum obigen Termin Entlassung werden sich sofort H. W. A. 2, Seligser Weg. Wer insamigen anderweitig Arbeit angenommen hat, erhält die Zulage zurück. — Lokomotiv für die Gemeindebetriebe. — Gewerkschaften des Reichs, Verhandlungsausschuß Berlin. Musikinstrumentenarbeiter: Sitzung der Verhandlungskommission heute nachmittags 3 Uhr im Lokal von Essling (Verbandsbüro), Rummelstr. 20. Auch die ursprünglichen Kommissionenmitglieder müssen wegen der wichtigen Tagesordnung erscheinen.

Verantwortlich für den reboll. Teil: Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Gluck, Berlin. Verlag: Verlags-Bureau G. m. b. H., Berlin. Druck: Normeds-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Emdenstr. 3. Oetz 1. Blatt.

Bei Husten, Asthma und Lungenleiden
Sanitätsrat
Dr. Wegscheiders **Brust-Tee** nach Original-Vorschrift herbez. ellt. — Zu haben: Elefant-Apothek, Berlin SW, Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz
Erstklassige Herrenbekleidung
Anzüge, Paletots, Schlüpfer, prima Stoffe fertig und nach Maß :: Billige Preise
MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

Qualitätsraucher bevorzugen stets
BATSCHARI CIGARETTEN
NO PUMONY

Mieterrecht und Mieterschutz

Selbsthilfe der Mieter.

Sehr viele Unzuträglichkeiten für die Mieter und die Polizei sind durch den Liebergang eines großen Teils des deutschen Hausbesitzes an Ausländer entstanden, besonders wenn diese im Auslande wohnen und einen Bevollmächtigten im Inlande nicht bestellt haben. Häufig wird dann die Polizei von den Mietern angerufen, die sich selbst wenig um die sie doch in erster Linie berührenden Hausangelegenheiten kümmern. Gerät einmal die Treppendeckung in Unordnung, verstopft die Wasserleitung, so wird, anstatt zur Selbsthilfe zu schreiten, sofort die Polizei bemüht. Unbeschadet der Verpflichtung der Polizei, solche die Allgemeinheit schädigenden Mißstände zu beseitigen, wird man verlangen können, daß zunächst die Mieter oder der Mieterausschuß sie durch eigenes tatkräftiges Handeln zu beheben versuchen. Es wird darauf hingewiesen, daß das Oberverwaltungsgericht sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß neben dem Hauseigentümer auch jeder Einwohner unter Umständen verpflichtet ist, für die Beseitigung polizeiwidriger Zustände, z. B. für das nötige Wasser zu sorgen, und daß demnach die Polizeibehörde in solchen Fällen berechtigt ist, auch gegen den Haushaltungsvorstand einzuschreiten. Zu solcher Selbsthilfe der Mieter bietet das Reichsmietergesetz vielfach die Handhabe. Bei laufenden sowie bei großen Instandsetzungsarbeiten haben die Mieter die Möglichkeit, ohne Anspruchnahme der ordentlichen Gerichte auf Grund des § 6 Abs. 2, ferner § 7 Abs. 1 und 8 des Reichsmietergesetzes in Verbindung mit der preussischen Ausführungsverordnung zu diesem Gesetz und der hierzu erlassenen weiteren Ausführungsbestimmungen der Gemeindebehörden, die ordnungsmäßige Ausführung der notwendigen Instandsetzungsarbeiten durch Anrufung der vorgesehenen Stellen (Schlichtungsstelle, Gemeindebehörde, Mieteinigungsamt) zu veranlassen. In anderen Fällen erscheint es angelegentlich, daß die Mieter nach fruchtloser Mahnung des Eigentümers den Mangel selbst beseitigen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen im Wege der Aufrechnung verlangen. Auch ist es den Mietern, wie der Vetter des Polizeiamts Treptow Polizeirat Bogdanowski in der demnächst erscheinenden Nr. 23 der Jahresschrift „Die Polizei“ in Berlin S. 35 schreibt, möglich, eine einstweilige gerichtliche Verfügung zu erwirken, daß sie berechtigt sind, an Stelle der Zahlung der in Frage kommenden Mietzuschläge an den Eigentümer die selbst zu den vorgesehenen Zwecken zu verwenden, wenn der abwesende Eigentümer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Daß neben dieser Hilfsaktion der Mieter auch die Polizei tätig wird, ist selbstverständlich. Ein wie langwieriges und schwieriges Verfahren dies aber bedingt, führt der Verfasser eingehend aus. Immerhin geht er den Weg, der eine möglichst schnelle Erledigung der doch meist eildrängigen Angelegenheit verspricht: Zustellung der sofort vollstreckbar zu erklärenden Zwangsverfügungen der Beschlüssigten oder im Auslande durch Vermittlung des deutschen Konsulats oder bei Nichtkenntnis des Aufenthalts des Eigentümers öffentliche Zustellung und unmittelbar folgende Pfändung der Mieter zum Zwecke der Abstellung des Mißstandes. Sobald der Mieter von einer solchen Anordnung durch Zustellung der Pfändungsbekanntmachung Kenntnis erhält, darf er den gepfändeten Betrag bei Eintritt der Fälligkeit nur an die pfändende Behörde zahlen.

Die Instandsetzungskosten.

Die Hausbesitzer versuchen vielfach, ihre Ausgaben für Instandsetzungsarbeiten am Hause und in den Wohnungen auf die Mieter des Hauses in derselben Weise umzulegen, wie das mit den Betriebskosten (Steuern, Abgaben usw.) geschieht. Dieses Verfahren entbehrt jeder rechtlichen Grundlage und belastet die Mieter in unzulässiger Weise. Die laufenden (kleinen) Instandsetzungsarbeiten werden nämlich durch den festen Instandsetzungszuschlag bezahlt, den die Mieter bereits im voraus entrichtet haben, und zwar seit Januar in der Höhe von 500 Proz. der Grundmiete. Reicht dieser Zuschlag zur Deckung der Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten nicht aus, so muß der Vermieter den Fehlbetrag zunächst auslegen, bis er ihn durch eine behördliche Erhöhung des festen Zuschlages hereinbekommt. Bei den großen Instandsetzungsarbeiten haben die Mieter nicht das Kapital selbst, sondern nur einen Betrag für Verzinsung und Tilgung aufzubringen, der vom Mieteinigungsamt festgesetzt

wird. Der Weg über das Mieteinigungsamt ist bei den großen Instandsetzungsarbeiten gesetzlich vorgeschrieben, und dieser Weg hat für den Mieter große Vorteile. Das Mieteinigungsamt kann nämlich den Vermieter mit seinem Antrage abweisen, weil er das Haus erst nach dem 1. Januar 1920 erworben hat und die Arbeiten schon damals notwendig waren. Dann geht der Mieter ganz frei aus. Oder das Mieteinigungsamt stellt fest, daß der Vermieter die Ausführung der Arbeiten schon viel früher hätte bewerkstelligen müssen; dann wird der Vermieter dementsprechend zur Kostendeckung mit herangezogen. Oder es sind arme Witwen, Kriegsbeschädigte, Arbeitslose u. dgl. unter den Mietern; diese können in geringerem Maße zur Kostendeckung herangezogen werden und der dadurch entstehende Fehlbetrag wird auf die bestgestellten Mieter verteilt. Die Mieter haben also ein starkes Interesse daran, daß der Vermieter den vorgeschriebenen Weg über das Mieteinigungsamt geht. In keinem Falle ist der Vermieter berechtigt, Instandsetzungskosten im Wege der Umlegung direkt von den Mietern einzuziehen.

Versagen der Schlichtungskammern.

Schon jetzt stellt sich heraus, daß die unlängst eingerichteten Schlichtungskammern für Mietstreitigkeiten über laufende Instandsetzungsarbeiten nicht den Zweck erfüllen, den der Gesetzgeber im Auge gehabt hat. Nach § 8 des Reichsmietergesetzes soll die Schlichtungsstelle die sachgemäße Ausführung der laufenden Instandsetzungsarbeiten durch geeignete Anordnungen sichern. Sie kann insbesondere anordnen, daß die Mieter einen entsprechenden Teil des Mietzinses nicht an den Vermieter, sondern an die Stelle selbst oder an eine andere Stelle zu entrichten haben. Es ist also falsch, wenn manche Vorsitzende erklären, daß die Schlichtungskammern keine besonderen Zwangsbefugnisse gegen Vermieter haben. Die Mieter dürfen zwar noch nicht eigenmächtig den Prozentzuschlag für laufende Reparaturen zurückhalten, um nun selbst die notwendigsten Arbeiten ausführen zu lassen, aber das Geld kann von der Schlichtungskammer beschlagnahmt werden. Im übrigen scheitert praktisch fast alles an den hohen Ausführungskosten. Da hilft auch die Erhöhung des Prozentzuschlages so gut wie gar nichts, weil im gleichen Maße sofort die Ansprüche der Lieferanten und Handwerker zu machen. In den am ärgsten mitgenommenen Häusern kann noch und noch nur ein ganz kleiner Teil der Schäden beseitigt werden. Dazu braucht man aber schließlich nicht den komplizierten Apparat der Schlichtungskammer mit Beisitzern, Sachverständigen und einer Fülle von Schriftwerk. Nur wo das von den Mietern allmonatlich gezahlte Geld überhaupt nicht verwendet, also unterschlagen wird, oder wo eine ungewöhnliche Verwendung nachgewiesen werden kann, ist die Schlichtungsstelle von Nutzen, wenn sie sich pflichtgemäß und schnell zur Beschlagnahme der Mietergelder entschließt.

Der Ruhrspenden-Hauswirt.

Mit einem neuen Titel arbeitet der frühere Hauswirt, Milchhändler F. in Reutlingen, um die Eintreibung unberechtigter Mieterforderungen zu versuchen. Er belästigt fortgesetzt Mieter mit Nachforderungen, die nach dem Gesetz völlig ausfalltlos sind, und hat jetzt geschrieben, daß er auf gerichtliche Klage verzichten werde, wenn die Mieter den Betrag seiner Forderung an die Ruhrspende abliefern und ihm darüber Quittung vorlegen. Der nicht zum ersten Male so unvorsichtige Ex-Hausbesitzer scheint nicht zu wissen, daß diese Form, eine ganz unberechtigte Forderung einzutreiben, einen Erpressungsverstoß darstellt. Nationaler hätte er gehandelt, sein für ein Butterbrot erworbenes Haus in Treptow nicht für Papiermillionen an einen in Italien lebenden Spanier zu verkaufen.

Die Wohnungsbauabgabe im Jahre 1922.

Ueber die Verwendung und die Höhe der aus der Wohnungsbauabgabe stehenden Summen bestehen vielfach falsche Meinungen. Sogar Reparaturen sollen aus der Wohnungsbauabgabe bezahlt worden sein. Auch wird behauptet, daß über die Verwendung der auf genommenen Mittel noch nie eine durchsichtige Rechnung aufgemacht worden sei. Wie niedrig das Aufkommen aus der Wohnungsbauabgabe im Jahre 1922 war und in wie geringem Umfange es zur Deckung des bestehenden Wohnungsbauprogramms genügt, zeigen folgende Zahlen: Im verflochtenen Baujahr wurden

Zuschüsse für rund 2200 Wohnungen gegeben. Hier von können etwa 1000 erst im Laufe des Jahres 1923 fertiggestellt werden. Die Gesamtzuschüsse für diese 2200 Wohnungen belaufen sich bisher auf 2,3 Milliarden Mark. Welche Zuschußsumme die noch nicht fertigen 1000 Wohnungen schließlich erfordern werden, läßt sich bei den derzeitigen Schwankungen auf dem Bauplätze, die alles bisher Dagewesene übertreffen, nicht bestimmt voraussagen. Das Aufkommen aus der Wohnungsbauabgabe für das Rechnungsjahr 1922 für Berlin beträgt diesen Summen gegenüber nur annähernd sechshundert Millionen Mark. Zur Deckung dieses Defizits müssen die Mittel aus der Wohnungsbauabgabe für das Jahr 1923 herangezogen werden, und es ist fraglich, ob dann noch genügend Gelder zurückbleiben, um in diesem Jahre eine bescheidene Bautätigkeit zu finanzieren. Mit den bisher aus der Wohnungsbauabgabe gewonnenen Mitteln konnten also nur etwa hundert Wohnungen errichtet werden.

Das teure Haupt.

Früher war es das Vorrecht der feinen und vornehmen Damen — und es wurde ihnen von Proletarierfrauen neidlos gegönnt —, daß die Pflege ihres Hauptes und Haares viel Geld kostete. Die Gesichtsmassage, das Kopfwaschen in den großen Damenfrisiergeschäften, das Frisieren und Ondulieren, alles das erforderte ein ganz anständiges Taschengeld.

Heute sind aber auch die Männer über dran, wollen sie nicht mit Nähen wie die Löwen oder mit langwallendem Haar wie die Naturmenschen herumlaufen. Ein ganz einfacher Haarschnitt ohne alle Schikanen und Finessen kostet 1500 Mark! Zur Selbsthilfe kann man nicht greifen und sich der lästigen Haupthoare selbst entledigen, so wie man sich mit Hilfe von Kasterapparaten von Stoppeln und Barthhaaren zu befreien vermag. Gewiß liegt hierin eine Notlage aller der Leute mit feiner Bekleidung, die Barbier- und Friseurgewerbe befindet sich in sehr übler Lage. Auf den einzelnen Läden lastet ungeheuer die hohe Miete, und vor allem der hohe Preis für das elektrische Licht. Dazu kommen die hohen Preise für allerlei Fette und kosmetische Mittel, die Barbier- und Friseure unumgänglich notwendig bei Ausübung ihres Gewerbes brauchen. Endlich darf nicht vergessen werden, daß heute alle Reparaturen an Scheren, Breisseilen und den anderen Apparaten, die in diesen einschlägigen Geschäften im Gebrauch sind, außerordentlich viel Geld verschlingen. Nur in den seltensten Fällen wird ein Barbier oder Friseur diese Reparaturen selbst ausführen können und des Handwerkers nicht bedürfen. Es kann daher nicht wundernehmen, daß Barbier- und Friseure sich in sehr bedrängter Lage befinden. Wie kürzlich mitgeteilt wurde, haben bis jetzt in Groß-Berlin über 800 Läden geschlossen. Besonders schlimm daran sind die Geschäfte. Der Besuch des Publikums hat bedeutend nachgelassen, das Kasieren besorgen die meisten selbst und mit dem Haarschneiden wartet man, bis der Hut vor lauter Haarschneide auf dem Kopf nicht mehr paßt. Die Folge ist eine Massenentlassung der Gehilfen. Den Lügen von Gehilfen leisten sich nur noch ganz große Geschäfte der Friedrichstadt mit Salutapublikum, oder der Herr Hofmeister, der noch immer großen Zusatzen hat, weil es noch immer Herren genug gibt, die es nicht, vom dem Wanne ihr teures Haupt in Ordnung bringen zu lassen, der einst seine Hand an das „heilige“ Haupt von Wilhelm legen durfte! Ein Unterkommen an anderer Stelle und ein Engagierenwerden in einem anderen Geschäft ist für die gekündigten Gehilfen fast eine Unmöglichkeit. Manchem ist es gelungen, umzulernen und in anderen Betrieben Beschäftigung zu finden, doch ist deren Zahl nur sehr klein. Vor allem leiden natürlich unter der schweren, wirtschaftlichen Not die verheirateten Gehilfen. Und doch wird die Sorge um das teure Haupt immer größer und grausamer, die Preise für Haarschneiden werden immer härter und härter werden. Der Besuch der Barbier- und Friseurläden wird noch mehr zusammenschrumpfen und die Not der Gehilfen weiter wachsen.

Ein trauriges Zeichen unserer Not. Mit der Reinlichkeit des Körpers ist es seit langem bereits nur mäßig bestellt, weil für viele die Preise für Seife eben nicht mehr zu erschwingen sind, und die notwendige Hygiene des Kopfes, wie sie das Haarschneiden darstellt, muß auch von vielen unterlassen werden.

(Kochbuch verboten. Der Welt-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

„Am amerikanischen Manuskript überseht von Julian Gumpert.“

„Habe nichts dagegen. Haben Sie einen Stuhl?“ sagte Andrews lächelnd.

„Ich denke, es war vielleicht nicht ganz recht, dich aufzuwecken. Aber sieh mal, es war gerade so, du warst der Rächte, und ich fürchtete, ich würde dich vergessen, wenn ich dich jetzt übergebe.“

„Ich verstehe“, sagte Andrews mit dem plötzlichen Entschluß, dem Mann die Initiative der Unterhaltung wegzunehmen.

„Wie lange sind Sie schon in Frankreich? Lieben Sie den Krieg?“ fragte er hastig.

Der Mann lächelte traurig.

„Du scheinst ja ein waderer Kerl zu sein“, meinte er.

„Du hast es wohl sehr eilig, wieder an die Front zu kommen und noch ein paar Hunnen zu sehen.“ Er lächelte wieder nachsichtig. Andrews antwortete nicht.

„Nein, mein Sohn, mir gefällt's hier nicht“, sagte der Mann nach einer Pause. „Ich wünschte, ich wäre zu Hause. Aber es ist doch angenehm, zu wissen, daß man seine Pflicht tut.“

„Kann sein“, meinte Andrews.

„Hast du denn schon von dem großen Luftangriff unserer Jungen gehört? Frankfurt ist bombardiert worden. Wenn sie nur Berlin vom Erdboden wegwischen könnten!“

„Sag' mal, hast du sie denn wirklich so?“ fragte Andrews leise. „Denn falls du sie wirklich so sehr hast, kann ich dir etwas sagen, was dich halbtot lächeln muß vor Freude. Beng' dich mal rüber.“

Der Mann beugte sich neugierig herüber.

„Einige deutsche Gefangene kommen jeden Tag um sechs Uhr abends zu diesem Hospital. Wenn du sie wirklich hast, so brauchst du dir ja nur einen Reposter von einem unserer Offiziere zu borgen und die ganze Bande über den Haufen zu schleifen.“

„Sag' mal, wo hat man dich denn gemustert, Junge?“ Der Mann setzte sich mit einem Ruck und dem Ausdruck des

Schreckens auf. „Weißt du denn nicht, daß Gefangene heilig sind?“

„Weißt du denn nicht, was unser Oberst uns sagte, ehe wir in die Argonnenoffensive hineingingen: je mehr Gefangene ihr macht, desto weniger werdet ihr zu essen kriegen. Und weißt du denn nicht, was den Gefangenen, die wir machten, geschah? Warum hast du die Hunnen?“

„Weil sie Barbaren sind, Feinde der Zivilisation. Du müßtest eigentlich genug Bildung haben, um das zu wissen.“ sagte der Mann und erhob seine Stimme in zorniger Empörung. „Welcher Kirche gehörst du eigentlich an?“

„Keiner.“

„Aber du mußt doch mit irgendeiner Kirche in Beziehung stehen. Du kannst doch in Amerika nicht wie ein Heide aufgewachsen sein. Jeder Christ gehört oder gehörte irgendeiner Kirche an durch die Taufe.“

„Ich habe mit dem Christentum nichts zu schaffen.“

Andrews schloß die Augen und wandte den Kopf weg. Er fühlte den Mann über sich schweben, noch unentschlossen. — Nach einer Weile öffnete er die Augen. Der Mann beugte sich über das nächste Bett.

Durch das Fenster auf der anderen Seite konnte er ein klein wenig blauen Himmels sehen. Wie diese Leute sich am Haß erfreuen konnten! Dann war es wirklich besser, an der Front zu sein. Die Menschen waren wirklich humaner, wenn sie einander töteten, als wenn sie nur darüber sprachen. So war die Zivilisation nichts anderes, als ein ungeheures Gebilde des Truges, und der Krieg statt ein Produkt des Zerfalls ihr völligster und endgültigster Ausdruck. — O, es mußte doch noch etwas anderes geben, als Bier und Haß und Grausamkeit. Waren das auch alles Trugbilder, diese gigantischen Phrasen, die wie fröhliche Drachen hoch über der Menschheit flatterten? Drachen! Ja, das war es. Und Gebilde aus Seidenpapier, die man an einer Schur über sich herzieht, Ornamente, die man nicht ernst nehmen soll. Er dachte an die lange Prozession von Männern, die von der unaussprechbaren Nichtigkeit des Menschenlebens erschüttert, versucht hatten die Dinge anders zu gestalten, die Unweltliches gedacht hatten. Kaffelhafte Gestalten waren sie — Demokrit, Sokrates, Epikur, Christus, so viele und so vage in dem süßigen Nebel der Geschichte, daß er kaum wußte, ob sie nicht nur in seiner Einbildung lebten; Lukrez, der heilige Franz, Voltaire, Rousseau, und so viele andere, bekannte und

unbekannte, in den tragischen Jahrhunderten; manche von ihnen hatten geweint, und andere hatte gelacht, und ihre Gedanken waren aufgestiegen, glühend, Seifenblasen, um die Menschen zu verwirren, auf einen Augenblick, und um dann zu zergehen. Er fühlte den wilden Wunsch, sich ihnen einzureihen, sein Leben zu leben, wie er es sah, trotz alledem, noch einmal die Falschheit all der Anschauungen zu verfluchen, unter deren Dede Bier und Angst mit mehr und mehr Schmerz die schon fast unerträgliche Agonie menschlichen Lebens fühlte.

Sobald ich aus dem Hospital herauskomme, werde ich desertieren: dieser Entschluß formte sich plötzlich in ihm und ließ das aufgeregte Blut triumphierend durch seinen Körper fließen. Es gab sonst nichts; man mußte desertieren. Er sah sich schon selbst im Dunkeln auf seinem lahmen Bein waghumpeln, die Uniform abstreifen, sich in irgendeiner Ecke Frankreichs verlieren oder durch die Wachen hindurch nach Spanien in die Freiheit entweichen. Er war bereit, alles zu ertragen, jeder Art Tod ins Antlitz zu schauen, um einiger Monate Freiheit willen, in welchen er die Degradation dieses letzten Jahres vergessen könnte. Das sollte sein letzter Gang unter dieser Last sein.

Eine ungeheure Aufregung ergriff ihn. Es schien das erstmal in seinem Leben, daß er beschlossen hatte, zu handeln. Alles andere war ziellos umhergetrieben sein. Das Blut sang ihm in den Ohren.

Die Lichter gingen aus, und der Krankenschwäger kam und goß Schokolade mit einem angenehm beruhigenden Geräusch in die Zinntassen. Mit dem Fettgeschmack der Schokolade im Munde und ihrer Wärme im Magen schlief er ein.

Als er aufwachte, war Lärm im Saal. Rötliches Sonnenlicht strömte durch das gegenüberliegende Fenster herein, und von draußen kam ein wirres Geräusch: lautende Glocken und Sirenenpfeifen.

Andrews schaute auf das gegenüberliegende Bett hinüber. Stark sah aufrecht im Bett mit großen, weitaufergerissenen Augen.

„Leute, der Krieg ist aus!“

„Schmeiß doch den Kerl raus!“

„Halt's Maul!“

„Bindet den Dicken draußen fest!“ schrie es aus allen Enden des Saales.

(Fortsetzung folgt.)

Alles muß gesprengt werden!

Auch der Arbeiterfängerbund.

Schon vor zwei Jahren haben kommunistische Mitglieder des Arbeiterfängerbundes versucht, alle mehrheitlich sozialistischen Sangesbrüder als „bürgerliche“ und minderwertige herauszukeilen. Das mißlang. Auf der Umarmungsfeier in Kassel legten sich gegen die Bremer Antragsteller sämtliche Sänge auf den Standpunkt fest, daß alle Sozialisten im Arbeiterfängerbund friedlich miteinander und für alle Parteirichtungen innerhalb der Arbeiterbewegung tätig sein wollen. Hierüber ist im „Vorwärts“ feinerzeit ebenso berichtet worden, wie über die Abspaltung der kommunistischen Gruppen, die Gegenbildung sozialistischer Sängerkörpe und die schließlichige Einigung. Sogar Bremen lehrte ruhig zurück. — Wie aber noch heute zerstörende Elemente am Werk sind, zeigte die letzte hiesige Sängeralberkennung, die am Sonntag, dank der Arbeit jener Gruppe, neun Stunden lang tagen mußte, ehe sie ihre sehr umfangreiche Arbeit — mit großen Plänen für den weiteren organisatorischen wie künstlerischen Ausbau der Bewegung — zu Ende bringen konnte. Den Anlaß bot der Ausfall eines solchen, im Wedding bestehenden Chores, der nur Mitglieder aufnimmt, die sich zum Mätesystem bekennen. Natürlich erlaubt der Gegenfug zwischen einem solchen Statut und dem freizeithilflichen Statut des Deutschen Arbeiterfängerbundes im Grunde keinem Mitgliede eines so exklusiven Vereins, zugleich noch dem Bunde anzugehören. Trotzdem wollte eine vom Vorsitzenden freiwillig zugelassene Professeurdelegation von 8 Leuten mit allen Mitteln der Kadulistik, der Verdrehung, des Stimmumwandes es erzwingen, daß die Angelegenheit nicht von einer zu wählenden Kommission sachlich vorgeprüft würde, sondern sie versuchte, die Versammlung zu sprengen. Nachdem das ihnen unmöglich gemacht worden war, belam ein kommunistisches Mitglied einen Schreitampfl, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. — Wenn wir von der Sekte der „heulenden Derwische“ hören, die sich durch dauerndes Geschrei in immer größerer religiöser Erregung steigern, so lächeln wir wohl über diese „wilden Völker“. Hier konnte man einmal mit Augen sehen, mit Ohren hören, wie ein Phrasendrescher sich an seinem Derwischgebeiß bezauberte und lange Zeit so jede geordnete Tätigkeit einer in Disziplin geübten Arbeiterversammlung vereitelte. Man konnte auch bemerken, wie zielbewußt diese Sprengversuche allenfalls von den Kommunisten vorbereitet werden. Daß ein kommunistisches Mitglied des Arbeiterfängerbundes dann in aller Form von dieser wüsten Agitation abtrüde, war besonders lehrreich. Die Weiterentwicklung des Bundes wird aber auch durch diese der Arbeiterbewegung unwürdigen Vorfälle nicht verhindert werden, weil tausend die meisten Mitglieder, mögen sie sich parteipolitisch noch so sehr beneinander unterscheiden, klar erkannt haben, daß die Tätigkeit des Arbeiterfängerbundes eine gemeinsame Angelegenheit aller Arbeiter und daß sie eine Kulturbewegung, aber kein richtungspolitische Diskussionsverein ist.

Neue Tarifierhöhungen.

Gas 700 M., Elektrizität 1200 M., Wasser 400 M.

Die weitere Steigerung der Ausgaben der städtischen Werke, besonders der Ausgaben für Kohlen, hat eine neue Erhöhung der Tarife nötig gemacht. Der Preis für Gas ist von der Verbrauchsabnahme ab nach der Kohlenlausel auf 700 M. je Kubikmeter festgelegt worden. Er betrug von der Verbrauchsabnahme ab 420 M., wobei der Kohlenpreis von 98 000 M. je Tonne zugrunde gelegt war. Der vom März ab geltende neue Gaspreis von 700 M. hat nach einem Kohlenpreis von 185 000 M. kalkuliert werden müssen. Das Gas kostet künftig für Berlin ungefähr soviel, wie es für andere große Städte Deutschlands, einschließlich Städte im Kohlenrevier, schon vom Februar ab kostete. Infolge der Steigerung des Kohlenpreises mußten auch die Tarife der Elektrizität und des Wasser erhöht werden. Elektrizität kostet künftig 1200 M. je Kilowattstunde. Der neue Preis des Wassers beträgt 400 M. je Kubikmeter, doch ist von nun an die Abnehmergebühr einfallig, womit dem Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion entsprochen worden ist. Vom Februar ab kostete das Wasser in Berlin 200 M., dagegen in Stettin schon 200 M., Breslau 350 M., Brandenburg 240 M., Dresden 400 M., Lübeck 300 M., Bremen 350 M., Hamburg 270 M., Leipzig 220 M., Mannheim 350 M., Trier 310 M., Düsseldorf 370 M.

Vor dem Eintreffen des Ueberfallkommandos.

Eine Weisheitsgeschichte hatte ein Kochspieß gegen den Tischmeister Rupp wegen gefährlicher Körperverletzung. Als sich der Angeklagte im August d. J. in einem Lokal in der Schönhauser Straße befand, geriet er mit einem Techniker Lange in Streit, da dieser sich beleidigt darüber fühlte, weil Rupp ihn nicht gegrüßt hatte. Lange folgte Rupp später auf die Straße und bedrohte ihn, so daß R. schließlich in seine Wohnung ging und das Ueberfallkommando anrief. Als er wieder aus dem Hause trat, stand Lange noch immer vor der Tür und ging sogar auf seinen Gegner los. Nunmehr zog Rupp ein Messer und brachte Lange mehrere tiefe Wunden am Kopf bei. Dieses Handgemenge ereignete sich mehrere Minuten vor Eintreffen des Ueberfallkommandos, das nunmehr Rupp festnahm. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis und begründete seinen Antrag damit, daß Rupp nicht in Notwehr gehandelt habe, da er, um sich zu schützen, nur in seiner Wohnung hätte bleiben brauchen. Rechtsanwalt Dr. Puppe wies dagegen in längeren Ausführungen nach, daß hier ein typischer Fall der Notwehr vorliege. Das Gericht war ebenfalls dieser Ansicht und sprach den Angeklagten frei.

Metalldiebe in einer Schule.

Einbrecher drangen des Nachts in die Räume der 277. Gemeindeschule, Greifenhagenstraße 25, ein und stahlen sämtliche Metallgegenstände sowie eine Waage aus Messing. Herbeigerufene Beamte des Ueberfallkommandos Pantow trafen die Einbrecher mit ihrer Beute auf dem Korridor und gaben, als die Diebe trotz wiederholter Hattrufe flüchten wollten, mehrere Schüsse auf sie ab, die zwar fehlgingen, aber den Erfolg hatten, daß die Einbrecher fliehen ließen. Sie wurden nach der nächsten Polizeiwache geführt und hier als der 30 Jahre alte Schneider Hermann Christoff aus Pantow, der 23 Jahre alte Arbeiter Adolf Christoff aus der Choriner Straße und der wohnungslose 30 Jahre alte Schlosser Josef Girmus festgenommen.

Kriegervereinsfeiern in der Kirche.

Zu dem Zusammenstoß von Kriegervereinsmitgliedern und Kommunisten beim Kirchgang am letzten Sonntag in Ertner schreibt uns Genosse Fjorrek Brande:

Ein gut Teil Verantwortung auf diesem häßlichen Vorkommnis muß man dem Geistlichen resp. Gemeindefürsorge der betreffenden Kirche in Ertner zuschieben. Wie kann dieser keine Kirche einem Kriegerverein zu seinem Jahresfest oder zu einer Gedächtnisfeier einräumen? Weiß man nicht, daß solche Gedächtnisfeiern von Kriegervereinen auf die Verherrlichung von Kriegstaten oder auf die Beschönigung gemeinsamer militärischer Taten hinauslaufen, den Lehren des Christentums also geradezu ins Gesicht schlagen? Wenn die Christusbilder in den Kirchen während solcher Feiern wenigstens

verhängt werden! Im vergangenen Jahre ist in ganz Berlin nicht eine Kirche für eine sozialdemokratische Weisheit zu haben gewesen; und in Reutlingen hat der Gemeindefürsorge dem Bund religiöser Sozialisten seine Kirchen prinzipiell verschlossen, weil er in der Predigt der sozialistischen Völkervereinigung keine christliche Forderung zu erkennen vermog. Wenn aber Militärvereine ihre „glorreichen Regimentserinnerungen“, zerfahrene Fahnen, blutbefleckten Säbel und dergleichen dem Gott der Liebe selbstgefällig vor sein Angeficht bringen, dafür stehen noch immer zahlreiche Kirchen zur Verfügung! Ist das nicht eine Herausforderung der Massen, nicht etwa bloß der kommunistischen, sondern auch derer, die im Ernst christlich sein wollen?!

Das „gefährliche Alter“.

Die Eifersucht der Nebenbuhlerin.

Wichtigtuerei und eine sonderbare Hinneigung zu Frauen, die weit über das gefährliche Alter hinaus sind, hat den Studenten der Rechte, Dr. jur. R., in eine böse Situation gebracht. R. war nach Kriegsende nach Berlin gekommen, um seine Rechtsstudien wieder aufzunehmen und hatte bei einer verwitweten Bäuerin Sch. Wohnung genommen. Hier lernte der 23jährige junge Mann eine bei seiner Wirtin auf Besuch weilende, fast doppelt so alte Frau K. aus Kügenwalde kennen, die zu ihm besondere Zuneigung faßte. Als dann R. von seiner Wirtin wegzog, erkrankte diese gegen ihn Anzeige wegen Betruges, da der Angeklagte ihr für mehrere Monate das Pensionsgeld schuldig geblieben war und sich auch Darlehen hatte geben lassen. Die Gesamtschuld betrug 3300 M. R. hatte bei dem Einzug in die Wohnung erzählt, daß sein Vater, der in Wirklichkeit ein einfacher Postkammer außer Diensten war, ein schwerreicher Mann sei, eine Villa in Baden-Baden besitze, und daß seine Mutter auf einem Schloß in Frankfurt geboren sei. Das Schöffengericht hatte die Sache sehr böse aufgefaßt und die Handlungsweise des Angeklagten als an Heiratschwindel und Hochstapelerei grenzend beurteilt und auf einen Monat Gefängnis erkannt. Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. Vor der Strafkammer des Landgerichts I verteidigte sich R. damit, daß er nur bei seinem Einzug aus Remonisterei von seiner vornehmen Abstammung gesprochen habe, um sich ein gesellschaftliches Ansehen zu geben. Er wies nach, daß er 14 Monate dort gewohnt habe und nur in den letzten Monaten Schulden gemacht hätte. Die Anzeigerin habe die 53jährige Dame lediglich aus Mangel darüber erkrankt, daß er sich mit ihrer Freundin, Frau K., verlobt habe. Auch die 53jährige Frau R., die sich als Braut des Angeklagten bezeichnete, erklärte, daß die Anzeigerin nur der Eifersucht ihrer „Nebenbuhlerin“ entsprende sei. Das Gericht kam daraufhin unter Aufhebung des ersten Urteils zu einer Freisprechung.

Zur Heranbildung des Handwerker Nachwuchses.

Die Bedeutung der Berufsschulen wird in der Bevölkerung noch nicht hinreichend gewürdigt. Was sie leisten, sollen die alljährlichen Ausstellungen von Lehrlingsarbeiten dartun. Zu wünschen ist, daß diese Ausstellungen nicht nur in den Fachkreisen, sondern auch bei der Elternschaft die verdiente Beachtung finden. Die in Charlottenburg vom Arbeitsamt im Rathaus veranstaltete Ausstellung zeigt tüchtige Lehrlingsarbeiten, die der Betrachtung wert sind. Vertreten sind die wichtigsten Gewerbe mit Beispielen und Zeichnungen, die Einblick in die Unterichtsweise geben, vor allem aber mit Probefabrikaten, die Zeugnis ablegen von Geschick und Fleiß des Lehrlings. Durch gute Leistungen erfreuen den Besucher auch die Hausangestellten- und die Kinderspielerinnen- und die sich gleichfalls beteiligen haben. Die Ausstellung ist nur noch am morgigen Sonntag 10—12 Uhr und am morgigen Sonntag 11—8 Uhr geöffnet und kann bei freiem Eintritt besichtigt werden.

Reichsbanknoten zu 20000 Mark.

In nächster Zeit werden Reichsbanknoten zu 20000 M. mit dem Datum vom 20. Februar 1923 ausgegeben werden. Sie sind 160 x 95 Millimeter groß. Sie sind auf weißes Papier gedruckt. Die Vorderseite hat einen links und rechts etwa 12 Millimeter, oben und unten etwa 11 Millimeter breiten unbedruckten Rand. Das Hauptbild ist von rechteckiger Form und wird von einem blauschwarzen Zierrahmen eingefasst, innerhalb dessen, ebenfalls in blauschwarzer Farbe gedruckt, der Text angeordnet ist. In den beiden oberen Ecken ist die Wertzahl „20000“, links und rechts von den Unterschriften sind die Kontrollstempel mit dem Reichsadler und der Umschrift „REICHSBANK-DIREKTORIUM“ und oberhalb des linken Kontrollstempels die Reihen- und Kennbuchstaben, oberhalb des rechten die Nummer angebracht. Der Untergrund, der sich auch unter den Zierrahmen erstreckt, ist in verlaufenden Farben, in der Mitte grün, nach beiden Seiten hin rot, gedruckt. Er bildet ein Muster aus roten, hellen Linien, in dessen Mitte eine Vignette, ebenfalls in heller Linienwirkung, eingearbeitet ist, und wird von roten, konzentrischen Kreislinien von schwarzgrauer Farbe durchzogen. In der Mitte hebt sich hell wirkend die ausgesparte Wertzahl „20000“ ab. Links von dem Hauptbild, von diesem durch einen 5 Millimeter breiten Zwischenraum getrennt, befindet sich ein 1 Zentimeter breiter, rechteckiger Streifen in hellroter Farbe mit dem Stroffah in der Mitte und mit je einer hell erscheinenden Wertzahl „20000“ zu beiden Seiten. Das Druckbild der Rückseite, in seiner Größe und Form dem der Vorderseite entsprechend, ist ebenfalls in verlaufenden Farben, in der Mitte grün und nach beiden Seiten hin rot, gedruckt. Innerhalb einer rechteckigen, aus Gulllöcher gebildeten Umrandung befindet sich eine große gulllöcherartige Vignette, in deren Mitte hellwirkend mit dunkler Umrandung die Wertzahl „20000“ angebracht ist. Der Raum zwischen Vignette und Umrandung ist mit einem aus roten, hellen Linien gebildeten Muster ausgefüllt. Das ganze Druckbild wird von feinen Wellenlinien von schwarzgrauer Farbe durchzogen. Oberhalb der in der Mitte stehenden Wertzahl „20000“ erscheint dunkelwirkend das Wort „ZWANZIGTAUSEND“ und unterhalb von ihr in gleicher Wirkung das Wort „MARK“. In gleicher Weise wie auf der Vorderseite links ist auf der Rückseite rechts ein rechteckiger, 1 Zentimeter breiter, hellroter Streifen mit der hell wirkenden Aufschrift „REICHSBANKNOTE“ angebracht.

Wucherer an den Pranger.

Im „Vorwärts“ Nr. 70 vom 11. Februar hatten wir unter der obigen Überschrift eine Anzahl Namen solcher Zehnerhosen veröffentlicht, denen wegen Preistreiberi im Lebensmittelhandel und anderer, die Allgemeinheit schädigender Lebensretungen im Handel die Handelskonzession entzogen wurde. Es sind uns daraufhin von einer kleinen Zahl der Genannten mehr oder minder hartgehaltene „Berichtungen“ zugegangen, die uns veranlassen haben, uns an den amtlichen preußischen Pressedienst zur Feststellung der Tatsachen in den betreffenden Fällen zu wenden. Wir sehen lediglich aus Gründen der Raumersparnis davon ab, die im einzelnen ermittelten Umstände hier wiederzugeben und beschränken uns auf die Feststellung, daß in allen Fällen die Befehlsnachricht der Namen zu Recht erfolgt ist. Bedinglich der Einspruch des Kohlenhändlers Fehner, Steglitz, Birkbuscher 36, ist insofern berechtigt, als keine Befehlsnachricht von Kohlen erfolgt ist. Die Abteilung B. des Polizeipräsidiums hatte diese Firma wegen mehrerer Befehlsnachrichten, die noch nicht zur Entscheidung gelangt waren, veröffentlichen erwähnt.

Das Jugendamt des Bezirksamtes Kreuzberg veranlaßt in den nächsten drei Diensten (12., 20., 27. März) im großen Sitzungssaal des Bezirksamtes Kreuzberg, Nordstr. 11, abends 8 Uhr, nachfolgende Vorträge über die Volkshilfe: „Alkoholismus und Volkshilfe“ (Referent: Frau Wechselder-Biegler). „Volkswirtschaftliche Bedeutung der Alkoholfrage“ (Referent: Ferdinand Goebel). „Stand der Bekämpfung des Alkoholismus“ (Referent: Professor Bonjer).

Das Mädchen vom Lande.

Ein schlecht gespielter „Raubüberfall“.

Ein mit Räuberromantik inszenierter Wohnungs-Einbruch unterlag der Aburteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte. Eine Hausangestellte Martha J., die erst vor kurzem aus ihrer Heimat nach Berlin gekommen war, hatte bei dem Inhaber eines großen Konfektionsgeschäftes Stellung gefunden. In dem Hause verkehrte ein Kaufmann Dollé, der sich in Geldschwierigkeiten befand. Dieser verstand es nun, sich mit dem Mädchen anzufreunden, machte mit ihr häufige Spaziergänge und wußte sie schließlich zu überreden, auf seinen Plan, das reiche Silbergerät und die wertvollen Pelzfächer aus der Wohnung der Familie zu entwenden. In einem Sonntag wurde der Plan verwirklicht. Die Gegenstände, die den Wert von vielen Millionen besaßen, wurden in zwei großen Koffern zunächst zur Gepäcksaufbewahrung des Bahnhofs Friedrichstraße geschafft. Um die Spur von dem Mädchen abzulenken, täuschte man einen Raubüberfall vor, indem Dollé die J. mit Armen und Beinen an einen Stuhl festband und ihr einen Knebel in den Mund steckte. Vorher hatte man die Behälter der Silberfächer mit Einbrecherwerkzeugen erbrochen und zertrümmert. Als der Vorfall entdeckt wurde, war man zunächst mit dem Mädchen sehr besorgt. Aber dem gesunkenen Blick des erfahrenen Kriminalisten eröffnete sich sofort der wirkliche Sachverhalt. Mit lautem Gelächter forderte der herbeigerufene Kriminalkommissar die J. auf, nur ruhig den Schwindel einzugehen und anzugeben, wo sich die gestohlenen Gegenstände befinden. Sie legte denn auch alsbald ein Geständnis ab, so daß die Bestohlenen ihre Sachen wieder erhalten konnten. In der Verhandlung machte der Verteidiger für die Angeklagte J. geltend, daß an sich ein derartiger Vertrauensbruch einer Hausangestellten unbedingt bestraft werden müßte. Hier handelte es sich aber um ein unerfahrenes Mädchen vom Lande, das der Verführung der Großstadt erlegen sei. Das Gericht ließ aus denselben Gründen Milde walten und erkannte gegen die J. auf acht Monate Gefängnis, während der Mitangeklagte Dollé zehn Monate Gefängnis erhielt. Das Mädchen wurde auch aus der Haft nach ihrer Heimat entlassen.

Der Tanz. Im Rahmen der Volkskulturbewegung des Bezirksamtes Friedrichshagen werden am Montag, den 12. März, 7½ Uhr, im Konzerthaus Friedrichshagen, Am Friedrichshagen 16—18, unter Mitwirkung von Mitgliedern der Kapelle der Staatsoper und ersten Musikischen Kräften Einzel-, Gruppen- und Charaktertänze sowie Ballettstücken zur Verfügung kommen. Eintrittspreis für Erwachsene 100 M., für Kinder und Jugendlichte unter 18 Jahren 50 M. Karten in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft: im Bezirksamt, Nordstr. 49; bei Wittlich, Petersburger Straße 2; Werner, Coppenstr. 14; Schott, Volptstr. 15; Wüthrich, Friedrichstraße 38/34; im Konzerthaus Friedrichshagen und an der Kienblasse.

Die freie Schulgemeinde Waidersdorf und ihre Beziehungen zur öffentlichen Schule. Waidersdorf, den 12. März, abends 7 Uhr, im Berner-Siemens-Realschulsaal, Potsdamerstr. 47/48.

Typographie. Die Probe am Montag, den 12. im Rarmorssaal, findet bereits um 6 Uhr (nicht um 7 Uhr) statt.

Der Millionenkrach der dänischen Landmannsbank bedroht seit Wochen das Kopenhagener Staatsgericht. Jetzt ist der Direktor Gluckstadt wegen falscher Bilanzierung verhaftet worden.

Arbeitssport.

Fußball am Sonntag.

2. Mannschaften 1.15 Uhr. 1. Mannschaften 3 Uhr.

Schiedsrichter: *Bertha-Waldersdorf; *Fichte-Eck-3. B. C.; *Jollen-Steig-11; *Fichte-Eck-2. B. C.; *Dantzig-Bitterfeld; *Bern-Waldersdorf; *Kellern-Schöneberg; *Potsdam-Froh-Fest; *Brandenburg a. d. H. 3. B. C. L. Die mit einem beschriebenen Vereins sind solche, bei welchen die 2. Mannschaften vorher antreten.

Vorshow.

Der Sport-Bezirk hat bereits am Sonntag, den 4. März, in dem Marienborfer Sports-Club seinen Bezirksmeister festgelegt, als dieser gegen Hannover 5:0 gewann. Programmäßig sehen nun am kommenden Sonntag wieder die Bezirksfußballspiele an. Bertha empfängt Waldersdorf und wird sich 8. sehr zusammenschließen müssen, um dieses Spiel für sich zu entscheiden. Konting empfangt Bitterfeld. Wenn auch letztere etwas vom Spiel haben dürfte, so wird Bertha nicht so leicht zu nehmen sein. Stern-Mariensdorf hat Waldersdorf zu Gast und wird sich wohl von letztere eine Niederlage gefallen lassen müssen. Ob Fichte-Eck gegen 3. B. C. gewinnen wird, erscheint fraglich, da sich auch 3. B. C. in letzter Zeit gut erhalten hat. Letztes und Schöneberg werden sich in Deltow messen und dürften letztere die Punkte mit nach Hause nehmen. Rosen und Steglitz haben sich gegenseitig nichts vorzumerken und der erfolgreiche FC Sieger, Froh-Fest muß nach Potsdam und wird sich, wenn sie sich nicht sehr anstrengen, auch hier eine Niederlage gefallen lassen müssen, vornehmlich gegen Fichte-Eck 3 gegen Potsdam 2. Auch die zweiten Mannschaften werden ermutigt, möglichst häufig anzutreten. Sportgenossen, denkt daran, daß diese Spiele unter die Bestimmungen der R. G. B. fallen und genau wie Gerten Spiele behandelt werden müssen.

M. G. B. Korb. Am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, findet auf dem Ober-Sportplatz, Charlottenburg, das Schachspiel mit der Bezirksmeisterschaft zwischen Klemmanna — Lautenbach 10 statt. Klemmanna verliert über eine gute technische Seite, während Lautenbach körperlich mehr Durchschlagskraft besitzt und dadurch ein Plus hat. Der Verles werden beide begünstigt, so daß eine Voraussage unmöglich ist. Mit dem Spiel wird die Arbeiter-Sportbewegung bemerkt, daß in ihren Reihen auch guter Sport geübt wird. — Bertha, 1½ Uhr, spielen die Schiller von Wacker 20 — Wacker 12 ihr Schachspiel, um in der M. G. B. als beste Mannschaft zu gelten. Auch hier wird sich zeigen, daß die Reinen an Technik den Großen nicht nachsehen werden. — Potsdam-Sport-Club 2. B. C., 2. B. C. sucht lebendige Spiele die für 1. bis 2. Männermannschaft auf seinem oder des Generals Weg. Anfragen schriftlich an H. W. Korb, Pantow, Friedrichstr. 7, oder telefonisch am Telefon 1084. Sitzung jeden Freitag um 8 Uhr bei Schütz, Pantow, Friedrichstr. 13, Eingang Charlottenburg.

Schiedsrichter: Sonntag, 7 Uhr, Weisheitsgeschichte bei Denny, Berlin-Tempelhof, Friedrichshagen. Jede Kontingentsliste. Freie Mannschaften: Potsdam, Dienstag, 7 Uhr, Sitzung des Vereins-Turn- und Sportvereins bei Kohl, D., Reichstr. 13.

Zur Fußballberichterstattung.

Die Zusammenstellung aller die Arbeitssportler betreffenden Notizen ist dem Sportgenossen Paul Klose übertragen. Die Resultate der Sonntagsspiele sind demzufolge Sonntagabends bis 8 Uhr telephonisch an Amt Siedring 3373 (Klose) aufzugeben und werden Dienstag früh veröffentlicht. Die Bezirksabteilung wollen zwecks Veröffentlichung der Serien- und Gesellschaftsspiele und der Vorshow das benötigte Material bis spätestens Donnerstagabend an Sportgenossen Paul Klose, Berlin-Mariendorf, Kaiserstr. 144, einfinden; die Veröffentlichung erfolgt in der Sonabend-Morgenausgabe. Um weitestete Bekanntgabe dieser Notiz an alle Fußballsportler und genaueste Einhaltung der Termine wird gebeten.

Hofenspiele am Sonntag.

Wilmersdorf 1-Charlottenburg 1, Weiden, 10½-12 Uhr, Feld-Wuppert; Wilmersdorf 2-Recht 2, Wilmersdorf, 1-4½ Uhr, Weiden-Steig; Fichte-Eck 2-Fichte 11, 3, Schöneberg, 11-12½ Uhr, Fichte-Märker. Freie Schiedsrichter: Montag, den 12. März, 7½ Uhr, Sitzung bei Werner, Siedlingstr. 22. Jede Mannschaft muß vertreten sein.

Turn- und Sportverein „Fichte“-Berlin. Sonntag, den 11. März, Nachmittags-Beitrag der Knaben- und Mädchenabteilungen in der Turnhalle Pantowstraße 18 von 3-6 Uhr. Anmeldefristen müssen um 1 Uhr eintreffen.

Waldersdorf-Sportklub, 2. Bezirk (Waldersdorf), Montag, 6½ Uhr, auf dem Turnplatz bei „Freien Turnvereins“ Wilmersdorf, Weidensteigstraße, wichtige Angelegenheit. Vertreter der Vereinsverbände und alle technischen Leiter müssen erscheinen. Genossen vom Arsenal Charlottenburg (Schwerathleten), Schöneberg und Jollenhof als Gäste erwünscht.

Waldersdorf-Sportklub, 12. Bezirk (Waldersdorf und Kragensdorf). Am Sonntag, den 12. März, 7 Uhr, Anmeldefristen in der Schule am Bahnhof Mariendorf. Anmeldefristen: 1. Schulbesuchsstelle und hiesige Gesellschaft (Mittwoch 6 Uhr, Freitag 10 Uhr, Samstag 10 Uhr, Sonntag 10 Uhr). 2. Kartenspielergebnisse. 3. Die Schützen aller Wälder (Freitag 10 Uhr). — Der Vorstand. Freie Schiedsrichter: Charlottenburg, Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, Schachmatten im Stadt. Fichte-Eck, Krumm Str. 12, Volkshilfsstelle. Freie Schiedsrichter: Kellern, Rattow und Landwehrstraße, Sonntag, Weidensteig. Eintrittspreis 400 M. Alle wartenden Genossen sind hierzu eingeladen. Referent: Sekretär des Vereins Donnerstag, 11. März, und Kellernstr. 14, abends 8-10 Uhr. Jugend-, Frauen- und Männerabteilung (Schiedsrichter) von 8½-10½ Uhr. Vereinssekretär B. Kellern, Charlottenburg 2, Bismarckstr. 14 L.

Weiter bis Sonntag mittags. Ein wenig über, weil Bertha, mit vereinzelten leichten Schneefällen bei mäßigen kühlen Winden.

Der Steuerkampf im Reichstag.

Der Reichstag lehnte gestern die zweite Beratung des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldbewertung in den Steuererlassen bei § 2 fort. Nach den Vorschlägen des Ausschusses soll sich bei den Erwerbsteuern die Körperschaftsteuer um 15 Proz. der Beträge erhöhen, die als Gewinnanteile irgendwelcher Art verteilt werden, während der Richterhebung der Kapitalertragsteuer auf 25 Proz.

Abg. Helfferich (Dnat.) beantragt, die GmBh., die bisher von der Kapitalertragsteuer befreit waren, auch von der zur Abfindung dieser Steuer dienenden Erhöhung der Körperschaftsteuer freizulassen. — Ein Regierungsvortrag erklärt, daß zu solch einem Gesetze an die GmBh. keine Veranlassung vorliege. Auch bei den Familiengesellschaften habe man die Befreiung keineswegs ausgesprochen wollen.

Abg. Dr. Herx (Soz.) stimmt dem Regierungsvortrag zu und erklärt, daß seine Partei die Verantwortung für das Gesetz noch viel weniger übernehmen könne, wenn der Antrag der Deutschnationalen angenommen wird. — Der Antrag der Deutschnationalen wird angenommen, ebenso mit dieser Änderung der § 2 des Gesetzes.

Bei der Beratung der Vorschriften über die Tarife des Vermögenssteuergesetzes, des Zwangsanleihegesetzes und des Erbschaftsteuergesetzes beantragt

Abg. Soldmann (Soz.),

die Regierungsvorlage wieder herzustellen (höchster Steuerbetrag von 20 Millionen) und den für die Zwangsanleihe geltenden Tarif bestehen zu lassen (Zeichnungssatz schon bei 100 000 M., höchster Zeichnungssatz schon bei einer Million Mark Vermögen), ferner für die Erbschaftsteuer nach der Regierungsvorlage den geringsten Steuerbetrag zum Werte von 200 000 M. gelten zu lassen und den höchsten Satz bei 10 Millionen Mark. Der Steuerausfluß hätte diese Höhe fast durchgängig um das Doppelte erhöht. Diese Auseinanderziehung der Tarife — so führte unser Redner aus — wirkt geradezu prozontierend auf diejenigen, die den vollen Ertrag ihrer Arbeit verlieren müssen. Die Steuerfreiheit Grenze für den Grundbesitz erhöht sich infolge der Bewertungsänderungen auf 30 bis 40 Millionen Mark. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Die Regierung wollte mit dieser Vorlage ein Wert sozialer Gerechtigkeit schaffen, aber die Mehrheit des Ausschusses hat es so eingerichtet, daß die

Geldfaktoren ausschlaggebend

sind. Die Steuern der Lohn- und Gehaltsempfänger betragen im Dezember vorigen Jahres bereits 64 Proz. des Gesamteinkommens. Die Januar-Angaben belaufen, daß sich dieser Prozentsatz bei einzelnen Finanzämtern auf 88 Proz. und im Februar sogar auf 94 Proz. erhöht hat. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Für den Besitz besonders günstige Neuerungen hat die Ausschlußmehrheit bei der Zwangsanleihe beschlossen. Die anständigen Leute, die bereits in gutem Gedeihen ihre Einzahlungen gemacht haben, werden schwer benachteiligt. Die Auseinanderziehung des Tarifes in der Zeit, in der die Steuererhebung bereits begonnen hat, schlägt aller Gerechtigkeit ins Gesicht und benachteiligt den pünktlichen und anständigen Steuerzahler, während sie den belahnt, dessen Steuermoral sehr viel geringer ist. Ganz merkwürdige Bestimmungen, die mit der Geldbewertung nicht das mindeste zu tun haben, sind für das Erbschaftsteuergesetz angenommen worden. So wird z. B. bestimmt, daß das vorhandene Vermögen eines Kindes bei der Besteuerung des Anfalls aus dem Nachlaß des leibverstorbenen Elternteils um einen Betrag zu kürzen ist, der dem Wert des Erwerbs entspricht, um den das Kind durch den Erbanfall des verstorbenen Elternteils bereichert war. Wenn unsere Anträge keine Annahme finden, sehen wir uns gezwungen, gegen die ganze Vorlage zu stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Helfferich (Dnat.) erklärt, der Ausschuss habe keineswegs den Befehl beabsichtigt. — Abg. Kohn (Dem.) sagt, es sei nichts anderes geschehen, als daß dem Prinzip der Vorlage entsprechend die Geldbewertung berücksichtigt wurde. — Abg. Kohn (Komm.) schließt sich der sozialdemokratischen Kritik an.

In namentlicher Abstimmung werden alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt, und zwar der zur Vermögenssteuer mit 103 gegen 145, der zur Zwangsanleihe mit 187 gegen 149 und der zur Erbschaftsteuer mit 192 gegen 148 Stimmen. Die Anträge des Ausschusses werden angenommen, und zwar die zur Zwangsanleihe mit der Änderung, daß der Zeichnungssatz vom 1. Oktober 1922 bis 30. April 1923 100 Proz. des Nennwertes betragen soll. Die Ausschlußvorschriften zum Kennwert- und Lotteriegeld, Wechselstempelgeld, Kapitalertragssteuergeld, Aktienanteilssteuergeld und Versicherungssteuergeld werden debattelos angenommen.

Zum Artikel 2 (Bewertungsvorschriften) führt

Abg. Dr. Herx (Soz.)

aus: Für die Bewertung der Vorräte am Jahresabschluss und der Abrechnungen für Abrechnungen wollte die Regierung die Anschaffungswerte zugrunde legen. Unser Antrag fordert, daß die wirklichen Werte am Jahresabschluss zugrunde gelegt werden. Der Ausschuss aber hat eine Sonderregelung beschlossen, gegen die wir die größten Bedenken haben. Es sollen danach die Bestände an Waren und Vorräten zu zwei Dritteln mit dem Werte am Schluss des Wirtschaftsjahres, zu einem Drittel mit den Marktpreisen am Jahresabschluss abgültig 60 Proz. bewertet werden. Diese Regelung bedeutet eine steuerliche Begünstigung der Leistungsfähigen. Der Steuerausfluß hat bei seinen Beratungen von den Wünschen der Sanftigkeit der Interessentenveränderungen keinen, anstatt eine Verständigung mit der Sozialdemokratie zu suchen. Man sagt, man müsse den Schwerebestehenden die Substanz erhalten und vertritt offenbar dabei, daß alle anderen Staatsbürger und selbst das Reich der Geldbewertung zum Opfer fallen. Der Reichsanwalt hat in seiner Antrittsrede Opfer vom Befehl gefordert. Es hat aber den Anschein, als seien Reichstagsmehrheit und Regierung neuerdings anderer Meinung geworden. Um den Befehl zu schonen, sind die

Bewertungsvorschriften in der Vorlage abschließend unübersehlich gemacht

worden, so daß erst die Ausschlußhandlungen Klarheit gebracht haben. Die Ausschlußbeschlüsse berücksichtigen die Geldbewertung nur zum Schaden des Staates. Der Effekt ist, daß z. B. statt einer Steuerpflicht von 425 Dollar nur 30 Dollar bezahlt werden. Wenn wir die Bewertung der Warenvorräte nach den Marktpreisen am Jahresabschluss beantragen, so ist das auch für die Landwirtschaft nicht unerträglich und greift auch die Substanz nicht an. Die Bewertung der Abrechnung der vor 1917 angeschafften Gegenstände auf das Tausendfache ist viel zu günstig für die Steuerzahler. Wir beantragen die Bewertung der Abrechnung nur zum Hundertfachen.

Eine Bande von Eisenbahnräubern ist von der Heberwachingen-Abteilung der Reichsbahndirektion Rassel und Schindler gemacht worden. Sie herabsteigt seit Ianaem nachts zwischen Nordbahren und Rassel fahrende Güterzüge, öffnet die Wagen gewaltsam und warft die Frucht ab, worauf diese von Genossen aufgepickt und in Verkede gebracht wurde. Die in den Güterwagen tätigen Verbrecher sprangen an einer geeigneten Stelle von dem fahrenden Zug wieder ab. Die Verbrecher, die alle an Weiskerode stammten und von denen dieser 8 festgenommen worden sind, waren durch ihre Mäurereten in kurzer Zeit zu vielfachen Millionen geworden. Der der Eisenbahnverwaltung zugefügte Schaden beträgt über 100 Millionen Mark.

Zusammenstoß zwischen Auto und Eisenbahn. In der Nähe von Conzenheim auf der Finthener Chaussee stieß ein von Rixen kommendes Pkautomobil mit einem Zug der Strecke Mainz-Wiesch, die jetzt von französischen Eisenbahnern be-

In einer Eingabe des Direktoren-Bundes an ein sozialdemokratisches Mitglied dieses Hauses wird bittere Klage darüber erhoben, daß „nur“ zwei Drittel der wirklichen Gewinne der Aktiengesellschaften steuerfrei bleiben sollen! Die Bewertung der ausländischen Zahlungsmittel, Devisen und Banknoten

leidet der Devisenhamsterei Vorschub

und stört die Stützungsaktion für die Mark. Wir beantragen daher, daß die ausländischen Zahlungsmittel nicht als Waren behandelt, sondern nach dem Kurswert am Stichtag besteuert werden. Noch schlimmer ist es, wenn bei der Erbschaftsteuer der (and- und fortwirtschaftliche) Besitz bewertet wird nach dem Reinertrag der letzten drei vergangenen Jahre unter Zuguhung des Reinertrages der beiden letzten Friedensjahre. Man will also bei Erbfällen auf den zehn Jahre zurückliegenden Ertragswert zurückgreifen. Das bedeutet praktisch für die meisten Erbfälle völlige Befreiung von der Erbschaftsteuer. Wir beantragen, die Einbeziehung der beiden letzten Friedensjahre zu streichen. Zur Erbschaftsteuer hat der Ausschuss einen Bewertungssatz von 300 Proz. beschlossen und zwar namentlich auf Betreiben des Arbeiterflügels des Zentrums. Durch die Auseinanderziehung der Tarife wird aber diese Verbesserung wieder beseitigt. Sie hat solche

Nachführung der Offenheit

stattgefunden wie bei der Zwangsanleihe mit der Bewertung der Wertpapiere, daß kaum die Kosten der Veranlagung gedeckt werden. Welch ungeheure Wertsteigerung haben z. B. die Aktien der Hapag erfahren? Eine Hapag-Aktie, die heute 31 000 M. kostet, wird nur mit 1244 M. steuerlich bewertet. Für eine Mannesmann-Aktie im Werte von 45 000 M. ist eine Bewertungsziffer von 5500 M. vorgelesen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir beantragen, am 1. April festzustellen, welche Beträge an indirekten Steuern aus der Veranlagung infolge des Mantelgesetzes vom 8. April 1922 eingegangen sind und, soweit die Einkünfte aus der Zwangsanleihe die so ermittelten Summen dem Goldwert nach nicht erreichen, soll die Nachzahlung eines Betrages stattfinden, der die Einkünfte aus der Zwangsanleihe dem Goldwert nach auf die Höhe der durch das Mantelgesetz beschlossenen indirekten Steuern bringt. Besonders begünstigt wird auch bei der Zwangsanleihe die Landwirtschaft. Ein Großgrundbesitzer mit 1000 Morgen Land zahlt nach den Ausschlußbeschlüssen für das ganze Jahr dieselbe Steuer, die ein mittlerer Angestellter für einen Monat zu leisten hat. Der Gesetzgeber, der solch unmoralische Bewertungsvorschriften

erläßt, darf sich nicht über das Sinken der Steuermoral beklagen. Wie kommt man dazu, Willen und Sausland freizulassen? Die Sozialdemokratie war an dem Aufbau der Steuererhebung hervorragend beteiligt. Für den Abbau lehnt sie jede Verantwortung ab. Mit ihrer Steuerpolitik untergraben die bürgerlichen Parteien die Republik. Der Kampf an der Ruhr zeigt, daß auf den Schultern der Arbeiter und Angestellten der deutsche Staat ruht. Diesen Kampf, der im Westen ausgefochten wird, kann nichts mehr stärken als das Bewußtsein bei den Kämpfenden, daß Sozialpolitik und Gerechtigkeit fortzujahren. Wenn die besitzenden Klassen sich dem aber entgegenstellen, wenn sie keine Opfer bringen, die arbeitenden Klassen aber immer mehr belasten wollen, dann wird das verhängnisvoll werden. (Lebhaftes Beifall links.)

Abg. Helfferich (Dnat.) wendet sich gegen die sozialdemokratischen Anträge. Eine Besteuerung der landwirtschaftlichen Grundstücke nach dem heutigen Verkaufswerte bedeute die Expropriation der Landwirtschaft. Ein Regierungsvortrag kündigt Änderungen der Bewertungsvorschriften des Finanzministeriums an, die sich namentlich auf die Einstellung fremder Wertpapiere in die Bilanz beziehen sollen. — Abg. Heydemann (Komm.) verwahrt sich gegen den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit, denn die Interessen des Proletariats seien identisch mit denen der deutschen Nation. Auf der rechten Seite des Hauses aber sähen die, die ihr Vaterland verraten und verkaufen.

Abg. Dr. Herx (Soz.) erklärt nochmals, daß die Ablehnung aller sozialdemokratischen Anträge zu den Bewertungsvorschriften bewiesen habe, daß die Mehrheit nur an die Schonung des Bestehenden gedacht habe.

Die sozialdemokratischen Anträge zu den Bewertungsvorschriften werden mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Beschlossen wird unter anderem, daß für die Angehörigen der freien Berufe bei der Veranlagung für 1922 20 Proz. des Einkommens nach Abzug der Werbungskosten, und zwar mindestens 30 000 M., höchstens 80 000 M. in Abzug gebracht werden können.

Vor der Abstimmung über § 1,5 des Artikels 2 gibt Abg. Hermann Müller folgende

Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion

ab: Wie im Steuerausfluß, so sind auch hier alle sozialdemokratischen Anträge zum Tarif und zur Bewertung von Einkommen und Vermögen abgelehnt worden. Dadurch ist für den Sachbesitz eine so weitgehende steuerliche Entlastung — ja teilweise vollkommene Steuerfreiheit — beschlossen worden, daß die Sozialdemokratie die politische Verantwortung für diese Beschlüsse ablehnt.

Sie muß dies um so mehr, als durch die Ablehnung der beiden letzten sozialdemokratischen Anträge die ausländischen Zahlungsmittel nur mit einem Bruchteil ihres Kurswertes besteuert werden. Das ist eine Begünstigung der Devisenspekulation, eine Gefährdung der Stützungsaktion und somit eine schwere wirtschaftliche und politische Gefahr.

Der Redner bezweifelt darauf die Beschlussfähigkeit des Hauses. Es wird die Anwesenheit von 170 Abgeordneten festgestellt.

In der um 7 Uhr 10 Minuten eröffneten neuen Sitzung beantragt Abg. Koenen (Komm.) die Abhebung des Steuergesetzes von der Tagesordnung. Abg. Helfferich (Dnat. Sp.) beantragt Vertagung, da die sozialdemokratische Erklärung auf einem Mißverständnis beruhe. Dieser Antrag wird angenommen. — Eine längere Debatte entzündet sich über den Termin und die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Mit 140 gegen 104 Stimmen wird ein Zentrumsantrag angenommen, den Sonnabend freizulassen.

In einer dritten Sitzung, die um 7 Uhr 40 Minuten eröffnet wird, wird der Initiativantrag über Anlegung gesetzlicher Referenden der Aktiengesellschaften in Dollar-Sachamweisungen des Reiches in zwei Lesungen debattelos erledigt.

Montag 2 Uhr: Dritte Lesung des eben in zwei Lesungen erledigten Initiativantrages und der Wohnraumbauabgabe. Fortsetzung der Steuerberatung. Schluß: 7 Uhr 50 Minuten.

trieben wird, zusammen. Zwei Insassen des Autos waren sofort tot, mehrere andere wurden schwer verletzt.

Lebensmittelpreise des Tages.

Am Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Rindfleisch 3000—3000 M., ohne Knochen 4000—4500 M. Schweinefleisch 3000—4700 M. Hammelfleisch 3700—4300 M. Kalbfleisch 3000 bis 4600 M. Rindertalg 3200—3700 M. Schellfisch 900—1600 M. Kabeljau 1000—1600 M. Grüne Heringe 500—800 M. Rotungen 1100 bis 1500 M. in Eis: Hechts 1500—2500 M. Krusten 2000—2900 M. Lebende Schlets 2800—4800 M. Hechts 3400—3600 M. Naturhutter 6400—6000 M. Margarine 2900—4500 M. Schweineschmalz 3500 bis 3800 M. Weiskohl 250—275 M. Wirsingkohli 250—380 M. Mohrrüben 100—115 M. Kohlrüben 100—130 M. Rotkohli 250—300 M. Rote Rüben 130—150 M. Zwiebeln 90—70 M. Essigöl 450—680 M.

Wirtschaft

Die deutsche Luftfahrzeugindustrie.

Die deutsche Luftfahrzeugindustrie liegt schwer danieder. Zahlreiche Arbeiter und Angestellte sind arbeitslos oder mühen verfallen, in anderen Industrien unterzukommen. Eingearbeitetes Personal geht dieser Industrie so verloren. Der „Beitrag“ von Versailles enthält bekanntlich gerade auf dem Gebiet der Luftfahrt zahlreiche einengende Bestimmungen und neuerdings wurden in der französischen chauvinistischen Presse wieder Pläne zur weiteren Erdrückung des deutschen Luftzeugbaues erörtert.

Eine große Zahl der Flugzeugwerke hat ihre Produktion eingestellt und der Rest kann sich infolge der ausländischen Konkurrenz, die mit viel größeren Geldmitteln arbeitet, und infolge der deutschen Geldentwertung nur mit großer Mühe halten. Bemerkenswert ist, daß deutsche Flugzeugmotoren kaum noch gebaut werden, da das Geschäft nicht lohnend ist. Aber auch die luftfahrtwissenschaftlichen Forschungsanstalten, auf deren Arbeiten sich die Weiterentwicklung des Flugwesens gründete, sind schwer bedroht.

So sehen dem aerodynamischen Institut in Göttingen ganze 2 Millionen Papiermark zur Verfügung. Fehlt aber die wissenschaftliche Grundlage, wird die Lage unserer Flugzeugindustrie immer schwieriger. Es ist kein Wunder, daß verzweifelte Versuche gemacht werden, um dieser Industrie zu helfen, und daß sie selbst nach Rettung ruft und sich in erster Linie mit Vorschlägen an das Reich wendet. Das Reich soll sich für die Aufhebung der Begriffsbestimmungen, die bezüglich der Größe und Geschwindigkeit der Flugzeuge von der Entente erlassen sind, einsetzen, es soll durch Zollerleichterungen den Export von Flugzeugen unterstützen. Reich, Länder und Gemeinden sollen Flughäfen errichten. So ist z. B. der Stadt Berlin der Vorschlag gemacht worden, das Tempelhofer Feld in einen großen Flugplatz umzugestalten, um so die Flugplätze Johannisthal und Staaken zu ergänzen. Es wird weiter kostenloser funktelegraphischer Weiterdienst für Luftverkehrswende verlangt. Luftpostbriefe sollen in jedem Falle als Eilbriefe behandelt werden. Weiter werden neben manchem anderen noch Zollvergünstigungen beim Benzinbezug gefordert.

Deutschland ist das einzige Land, in dem das Luftfahrzeug nur im Hinblick auf wirtschaftliche Zwecke gebaut wird.

Gewiß hat die Flugzeugindustrie im Kriege tüchtig verdient. Sie hat jedoch in der Nachkriegszeit im Gegensatz zu vielen anderen Industriezweigen gehörig bluten müssen. Es wird auch niemand glauben wollen, daß sie ihre Opfer bisher aus reinem Idealismus gebracht hat. Sie hofft eben auf spätere Beschäftigungs- und Gewinnmöglichkeiten. Das Reich hat zweifellos die Aufgabe, im Interesse der Arbeiter und Angestellten, denen hier Arbeitsmöglichkeiten eröffnet werden, die zur Hebung dieser Industrie gemachten Vorschläge schnellstens zu prüfen und ebenso schnell tatkräftig zu helfen.

Frankreichs Gewaltpolitik und die deutsche Farbenindustrie.

Unter den wirtschaftlichen Absichten der französischen Eroberungspolitik stehen die Interessen der Schwerindustrie, welche sich auf Kohlen- und Koksbeschaffung sowie auf die Erzeugung eines großen Stahlstruhs beziehen, an erster Stelle. Es sind aber auch andere wichtige Interessen im Spiele, die die deutsche Farbenindustrie betreffen, und die nach der Meinung des englischen „Manchester Guardian“ das Fortrück der französischen Truppen in Baden verursacht haben.

Die Herstellung der Nebenprodukte der Kohle, d. h. die Verkokung derselben für die lathringische Industrie, deren Koksbedarf sichergestellt werden muß, ist von großer Wichtigkeit. Die Verkokung der Kohle kann aber mit Nutzen nur erfolgen, wenn die anderen Nebenprodukte der Kohle ebenfalls verwendet werden können. Dazu muß aber Frankreich seine Hand auf die deutsche Farbenindustrie legen. Der Befehl der deutschen Farbenindustrie würde Frankreichs industrielle Vorherrschaft in Europa vollständig machen, und erst diese könnte die volle Ausbeutung der Ruhrkohle ermöglichen. Ohne die Farbenindustrie würden die Nebenprodukte wertlos und die Verkokung deshalb unwirtschaftlich sein. Deswegen dürften die Franzosen eine Kontrolle der deutschen Farbenindustrie mit oder ohne deutsche Firmen anstreben. Aber auch aus einem anderen Grunde: In der Farbenindustrie der Welt herrscht Überkapitalisation, d. h. im Verhältnis zur Produktion und zum Bedarf sind zuviel Kapitalien in diese Industrie gefloßt. Selbst wenn die Weiterzeugung dem Friedensland gleichläme — 1913 wurden 138 000 Tonnen Farbstoffe im Werte von 16 Millionen Pfund in der Welt erzeugt —, könnten die in dieser Industrie angelegten großen Kapitalien (ungefähr 100 Millionen Pfund) nicht auf genug verzinst werden. Heute, wo die Produktion nur noch die Hälfte der Vorkriegsproduktion beträgt, weniger denn je. Um also die Profite zu sichern, müssen die Weltmarktpreise der Farbstoffe hochgehalten werden, was wieder nur durch ein internationales Kartell geschehen kann. In diesem Kartell möchte Frankreich durch Eroberung der deutschen Farbenindustrie die Führung übernehmen. Dies war der Grund der gewaltsamen Besetzung Badens, wo sich die größten Farbstoffwerke befinden.

Die englische Farbstoffindustrie — meint der „Manchester Guardian“ — wird unter die Hader kommen, sie wird entweder unter dem Namen eines Zusammenschlusses aufgekauft oder durch die Konkurrenz vom Weltmarkt ausgeschaltet werden.

Preisrückgang am Stickstoffmarkt. Während bisher die Stickstoffpreise festgesetzt wurden auf Grund der Herstellungskosten, gerechnet nach den Kohlenpreisen, differieren zurzeit die Preise in und das ausländische Angebot an Chlorsalpeter den Stickstoffpreis. Je mehr das englische Pfund sinkt, um so mehr muß auch der Preis des deutschen Stickstoffs gesenkt werden, solange dieser die Konkurrenz des ausländischen Stickstoffs aushalten kann. Die Stickstoffpreise haben deshalb mit Wirkung vom 9. März 1923 gegen die bisher geltenden Höchstpreise folgende Ermäßigung pro Kilogramm Stickstoff erfahren:

Schwefel.	Ammonial	von M.	auf M.
nicht gedarrt und nicht gemahlen		7798,80	7460,—
gedarrt und gemahlen		7971,20	7400,—
Salzsaueres Ammonial		7798,80	7460,—
Kalkammonialsalper		7798,80	7480,—
Katronalsalper		6710,—	7480,—
Kalkstickstoff		6991,80	6680,—

Die Dreikantleihe des Reiches. Das Konsortium für die Ausgabe der Dollar-Schuldanweisungen ist jetzt gebildet worden. Es besteht aus einer größeren Anzahl von Banken und Bankiers. Diese wirken als Zeichnungsgesellschaften bei der Auflegung der Anleihe mit und haben gleichzeitig die vorgesehenen Zeichnungsgarantien für die Hälfte des aufgelegten Betrages übernommen.

Die verjährende Kriegaanleihe. Zur Befreiung der Kriegskosten hatte man insgesamt 67 Milliarden Mark Kriegaanleihen und Reichsschuldanweisungen festverzinsliche Schuldtitel auszugeben. Davon sind jetzt nur noch für 52,1 Milliarden Mark im Verkehr. Das übrige ist zum allergrößten Teil durch Annahme aus Steuern, durch Rückkäufe zur Tilgung der Reichsanleihe und durch Annahme der Papiere als Kaufpreis für Neeresatzung bereits aus dem Markt verschwunden. Der Betrag der festverzinslichen Kriegaanleihe ist also um 45 Milliarden, oder fast um die Hälfte, zurückgegangen zu einer Zeit, wo der Bedarf des Reiches an Anleihen so groß war, daß man für rund 3000 Milliarden schwappende Schulden einging! In diesen Zahlen zeigt sich die katastrophale Desorganisation des Geldmarktes, der für festverzinsliche Anleihen nahezu unzugänglich war, während die Flucht aus der Mark in Sachwerte und Devisen einen ungeheuren Umfang annahm, ohne daß die Reichsfinanzverwaltung dem genügend entgegentrat.

Die Währungsänderung in Ostpreußen. Seit 1. März gilt im abgetrennten Teil Ostpreußens die polnische Mark als gesetzliches Zahlungsmittel neben der deutschen Mark, die erst am 1. November ganz aus dem Umlauf verschwinden soll. Die Reichsregierung und auch die Reichsbehörden haben aber dem nicht rechtzeitig vorgearbeitet, so daß Löhne und Gehälter vom 1. März an in deutscher Mark gezahlt werden mußten. Es liegt Wandel an Zahlungsmitteln vor. Die Ausgabe großer Beträge neuer Zahlungsmittel wird aber zweifellos ungünstig auf den Stand der polnischen Mark einwirken. Die Währungsänderung wird vorerst nur nachteilige Wirkungen haben; das zeigen auch die Verhandlungen mit den Arbeitern, deren Organisationen für die Umrechnung bei den Lohnzahlungen die Zugrundelegung des Kursstandes, also eine Reichsmark gleich zwei Polenmark, forderten und schließlich auf 1,80 Polenmark heruntersinken, während die Arbeitgeber nur 1,20 Polenmark boten. Der bestehende, auf deutsche Mark lautende Tarif soll vorläufig in Geltung bleiben.

Zunahme der Genossenschaftsgründungen. Nachdem schon die letzten Monate des vorigen Jahres eine Belebung des Genossenschaftswesens durch eine größere Zahl von Neugründungen gebracht hatte, hat sich die Entwicklung im Januar fortgesetzt. In diesem Monat standen 329 Neugründungen 186 Auflösungen gegenüber, was einen Reinzuwachs von 143 ergibt, während im Dezember vorigen Jahres 145 Genossenschaften mehr gegründet als aufgelöst wurden. Der überwiegende Teil der Neugründungen entfällt auf landwirtschaftliche Genossenschaften, aber auch auf dem Gebiete der Wohnungs- und Bauwesen, das lange Zeit weniger beachtet blieb, ist eine geringe Zunahme der Gründungsaktivität zu verzeichnen. Die Konsumvereine vermehrten ihren Bestand um 21 Vereine, ebenso wie im Vormonat.

Droientaufe. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 1 belgischer Frank 1067,32

Geld, 1072,68 Brief; 1 Finnische Mark 570,57 Geld, 573,43 Brief; 1 japanischer Yen 9975 Geld, 10 025 Brief; 1 Holländische Gira 587,52 Geld, 992,48 Brief; 1 Spanische Peseta 3205,96 Geld, 3223,04 Brief; 2305,75 Brief; 1 Spanische Peseta 3205,96 Geld, 3223,04 Brief; 100 öfter. Kronen (abgeteilt) 28,42 Geld, 28,58 Brief; 1 tschech. Krone 615,20 Geld, 618,30 Brief; 1 ungar. Krone 6,83 Geld, 6,87 Brief; 1 bulgar. Lewa 119,20 Geld, 119,80 Brief; 1 jugoslaw. Dinar 213,45 Geld, 219,55 Brief. — 1 Polenmark geht im freien Verkehr für 47 Pf.

Jugendveranstaltungen.

Wählag, Abteilungsverände! Die Programme für den Monat April müssen unbedingt bis Montag, den 12. März, dem Jugendsekretariat eingesandt werden. Spätere Einbringungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Morgen, Sonntag, den 11. März:

Friedens: Wanderung Pflanzwald-Schneise-Straße, Treffpunkt heute abend 6 Uhr Ringbahnhof Friedens-Wilmersdorf. — **Kantaten:** Wanderung, Treffpunkt 7 Uhr Hbf. Kaulsdorf. — **Wahl:** Besuch der Märkischen Museen, Treffpunkt 9 Uhr Strom, Ecke Kurstraße. — **Kantaten III:** Wanderung, Treffpunkt 10 Uhr Ringbahnhof. — **Niederländische:** Wanderung Ringmühlentempel-Dübrowitz, Treffpunkt 10 Uhr Ringbahnhof. — **Reinhold:** Wanderung, Treffpunkt 10 Uhr Ringbahnhof. — **Schönhafer:** Wanderung, Treffpunkt 10 Uhr Ringbahnhof. — **Steglich:** Wanderung durch den Krieger, Treffpunkt heute abend 8 Uhr Potsdamer Hauptbahnhof. — **Truppen:** Wanderung Ringmühlentempel-Königssee, Treffpunkt 10 Uhr Ringbahnhof. — **Wahl:** Wanderung Brückstraße, Treffpunkt 10 Uhr Ringbahnhof. — **Wilmersdorf:** Wanderung, Treffpunkt 10 Uhr Ringbahnhof.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Hand verlässiger Sozialisten Deutschlands. Folgende sozialistische Beiräte sprechen am Sonntag, den 11. März: **Werner** heute um 6 Uhr abends in der Heilig-Kreuz-Kirche am Pflanzwald; **Werner** heute um 10 Uhr vormittags in der Emma-Kirche am Marienpark; **Werner** heute um 10 Uhr vormittags in der Philipp-Melanchthon-Kirche, Kronsdorf, 11.

Verzinsigt Verträge beimatter Oberkassier, Ortsgruppe Korbach III. Sonntag, den 11. März, nachmittags 4 Uhr, bei Schöps, Ringweg 26, gegenüber Bahnhof Weidung, Wittgenbergstraße; anschließend geistliches Beisammeln.

Reinholdische Gemeinde, Sonntag nachmittags 11 Uhr im Festung-Museum, Pragerstr. 13, Vortrag des Herrn Dr. H. Basser, „Von Dörfchen und Gärten“, Chorleiter, Wilmersdorfer Str. 132, Vortrag des Herrn Dr. A. Sturm, „Kunde und Sozialismus“, — Dienstag abend 7 Uhr, Pappelallee 15, Generalversammlung, Wittgenbergstraße 10, Vortrag.

Der Beiräte des Reiches (Wahl, v. U.-S.-B.) bezieht heute, Sonntag, abend, 7 Uhr, in der Gemeindehalle, die Feier seines 40jährigen Bestehens, verbunden mit Vorträgen, Gesangs- und Musikdarstellungen und Tanz.

Beim Kraffahren Geld sparen!

Größte Haltbarkeit, Elastizität u. Betriebsstoff-Ersparnis machen

Continental Cord

zum wirklich billigen Reifen.

Theater Lustspiele

Opernhaus
7 1/2 Uhr
Cavalleria rusticana
Hajazul

Schauspielhaus
Zum ersten Male
7 Uhr
Königin Tamara

Deutsch. Theat.
7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg
8 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Fri. Julie
Lanzetta und Sanderlin

Königin Tamara
7 1/2 Uhr: Die deutsche Kleinstädter
7 1/2 Uhr: Fri. Julie
Lanzetta u. Sanderlin

Kr. Schanspleth.
(Karlstraße)
7 1/2 Uhr: Die Schichte
Jungfrau

Theater l. d. Königsgr. Str.
7 1/2 Uhr: Aus dem Leben d. Insulaner

Komödienthaus
7 1/2 Uhr: M. S. K. Maria Orska

Berliner Th.
7 1/2 Uhr: Madame Pompadour

Deutsch Opernhaus
7 1/2 Uhr: Fledermaus
Große Volksoper im Theat. d. Westens
8 1/2 Uhr: Die Walküre
8 1/2 Uhr: U. d. h. l. Pr.
Paub d. Sabrierian
Intimes Theater
8 1/2 Uhr: 7 Elmskanie
u. a.: Kleptomane,
Familiest. usw.
Lustspielhaus

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: New York-Berlin
8 1/2 Uhr: Die Blauder
Neues Operett.-Th.
7 1/2 Uhr: D. neue Gilbert
Kajja, die Tänzerin
mit Margt. Sushy,
Muth, Beckerswachs,
Paulsen, Tiedke,
Gross, Mamelek
8 1/2 Uhr: Die neue Sushy
u. Harald Paulsen,
Josephine Dora
Neues Th. am Zon
7 1/2 Uhr: Die neue Sushy
u. Harald Paulsen,
Josephine Dora
Neues Th. am Zon
7 1/2 Uhr: Die neue Sushy
u. Harald Paulsen,
Josephine Dora

Walter Lampe
Renaissance-Theat.
7 1/2 Uhr: Die Juden
Gastin, Em. Reicher
Schiller-Th. Charl.
F. U. Kapitän Brosmann
Oper
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Ein Jahr
ohne Liebe
Th. s. Hollendorpf.
7 1/2 Uhr: Kollig
der Straße
8 1/2 Uhr: Fähr aus Dampf
Theater (Landschaft)

Katte
Wallner-Theater
8 1/2 Uhr: Der hübsche
Schwimmer

Residenz-Theater
Profess. Bernhardt
v. Ariur Schnitzer
Schar, Idell, Koll

Neue Süßstoff-Preise

1 H-Packung — Süßkraft von rechl. 1 Pfund Zucker

Tabletten haben die Süßkraft von je 1/2 Würf. Zucker	Süßkraft von je 1/2 Würf. Zucker
Süßkraft mit 100 200 500 Tabletten	Süßkraft mit 100 200 500 Tabletten
M. 320,- 640,- 1600,-	M. 320,- 640,- 1600,-

zum Süßen von Kaffee, Tee usw.

Erfülllich in Kolonialwaren-, Drogeriehandlungen und Apotheken.

Theater des Ostens

(Rosa-Theater)
7 1/2 Uhr: Berliner Mädchenhändler.
URANIA
Theater 8 1/2 Uhr:
Mit Sangu-Klang zw.
Schwarzwald u. Alb.
Kl. Saal II: Eine Führung
L. d. Meeresarten-
theater

Walhalla-Th.

10 u. Leitz d. Komp
Die Liebe geht um
Dora, Liska, Janis

Allgemeine Ortstrantantafel für Berlin-Steglitz

Defensivmachung

Auf Grund der Verordnung über Grundbesitz in der Kronenvermessung vom 27. Februar 1923 hat der Reichsausschuss für die Bodenbesitzverhältnisse in Berlin-Steglitz am 12. März 1923 die folgenden Bestimmungen erlassen:

Grundbesitz	Grundbesitz	Grundbesitz
1. bis 1000 qm	1000 bis 2000 qm	2000 bis 5000 qm
1000 bis 2000 qm	2000 bis 5000 qm	5000 bis 10000 qm
2000 bis 5000 qm	5000 bis 10000 qm	10000 bis 20000 qm
5000 bis 10000 qm	10000 bis 20000 qm	20000 bis 50000 qm
10000 bis 20000 qm	20000 bis 50000 qm	50000 bis 100000 qm
20000 bis 50000 qm	50000 bis 100000 qm	100000 bis 200000 qm
50000 bis 100000 qm	100000 bis 200000 qm	200000 bis 500000 qm
100000 bis 200000 qm	200000 bis 500000 qm	500000 bis 1000000 qm
200000 bis 500000 qm	500000 bis 1000000 qm	1000000 bis 2000000 qm
500000 bis 1000000 qm	1000000 bis 2000000 qm	2000000 bis 5000000 qm
1000000 bis 2000000 qm	2000000 bis 5000000 qm	5000000 bis 10000000 qm
2000000 bis 5000000 qm	5000000 bis 10000000 qm	10000000 bis 20000000 qm
5000000 bis 10000000 qm	10000000 bis 20000000 qm	20000000 bis 50000000 qm
10000000 bis 20000000 qm	20000000 bis 50000000 qm	50000000 bis 100000000 qm
20000000 bis 50000000 qm	50000000 bis 100000000 qm	100000000 bis 200000000 qm
50000000 bis 100000000 qm	100000000 bis 200000000 qm	200000000 bis 500000000 qm
100000000 bis 200000000 qm	200000000 bis 500000000 qm	500000000 bis 1000000000 qm
200000000 bis 500000000 qm	500000000 bis 1000000000 qm	1000000000 bis 2000000000 qm
500000000 bis 1000000000 qm	1000000000 bis 2000000000 qm	2000000000 bis 5000000000 qm
1000000000 bis 2000000000 qm	2000000000 bis 5000000000 qm	5000000000 bis 10000000000 qm
2000000000 bis 5000000000 qm	5000000000 bis 10000000000 qm	10000000000 bis 20000000000 qm
5000000000 bis 10000000000 qm	10000000000 bis 20000000000 qm	20000000000 bis 50000000000 qm
10000000000 bis 20000000000 qm	20000000000 bis 50000000000 qm	50000000000 bis 100000000000 qm
20000000000 bis 50000000000 qm	50000000000 bis 100000000000 qm	100000000000 bis 200000000000 qm
50000000000 bis 100000000000 qm	100000000000 bis 200000000000 qm	200000000000 bis 500000000000 qm
100000000000 bis 200000000000 qm	200000000000 bis 500000000000 qm	500000000000 bis 1000000000000 qm
200000000000 bis 500000000000 qm	500000000000 bis 1000000000000 qm	1000000000000 bis 2000000000000 qm
500000000000 bis 1000000000000 qm	1000000000000 bis 2000000000000 qm	2000000000000 bis 5000000000000 qm
1000000000000 bis 2000000000000 qm	2000000000000 bis 5000000000000 qm	5000000000000 bis 10000000000000 qm
2000000000000 bis 5000000000000 qm	5000000000000 bis 10000000000000 qm	10000000000000 bis 20000000000000 qm
5000000000000 bis 10000000000000 qm	10000000000000 bis 20000000000000 qm	20000000000000 bis 50000000000000 qm
10000000000000 bis 20000000000000 qm	20000000000000 bis 50000000000000 qm	50000000000000 bis 100000000000000 qm
20000000000000 bis 50000000000000 qm	50000000000000 bis 100000000000000 qm	100000000000000 bis 200000000000000 qm
50000000000000 bis 100000000000000 qm	100000000000000 bis 200000000000000 qm	200000000000000 bis 500000000000000 qm
100000000000000 bis 200000000000000 qm	200000000000000 bis 500000000000000 qm	500000000000000 bis 1000000000000000 qm
200000000000000 bis 500000000000000 qm	500000000000000 bis 1000000000000000 qm	1000000000000000 bis 2000000000000000 qm
500000000000000 bis 1000000000000000 qm	1000000000000000 bis 2000000000000000 qm	2000000000000000 bis 5000000000000000 qm
1000000000000000 bis 2000000000000000 qm	2000000000000000 bis 5000000000000000 qm	5000000000000000 bis 10000000000000000 qm
2000000000000000 bis 5000000000000000 qm	5000000000000000 bis 10000000000000000 qm	10000000000000000 bis 20000000000000000 qm
5000000000000000 bis 10000000000000000 qm	10000000000000000 bis 20000000000000000 qm	20000000000000000 bis 50000000000000000 qm
10000000000000000 bis 20000000000000000 qm	20000000000000000 bis 50000000000000000 qm	50000000000000000 bis 100000000000000000 qm
20000000000000000 bis 50000000000000000 qm	50000000000000000 bis 100000000000000000 qm	100000000000000000 bis 200000000000000000 qm
50000000000000000 bis 100000000000000000 qm	100000000000000000 bis 200000000000000000 qm	200000000000000000 bis 500000000000000000 qm
100000000000000000 bis 200000000000000000 qm	200000000000000000 bis 500000000000000000 qm	500000000000000000 bis 1000000000000000000 qm
200000000000000000 bis 500000000000000000 qm	500000000000000000 bis 1000000000000000000 qm	1000000000000000000 bis 2000000000000000000 qm
500000000000000000 bis 1000000000000000000 qm	1000000000000000000 bis 2000000000000000000 qm	2000000000000000000 bis 5000000000000000000 qm
1000000000000000000 bis 2000000000000000000 qm	2000000000000000000 bis 5000000000000000000 qm	5000000000000000000 bis 10000000000000000000 qm
2000000000000000000 bis 5000000000000000000 qm	5000000000000000000 bis 10000000000000000000 qm	10000000000000000000 bis 20000000000000000000 qm
5000000000000000000 bis 10000000000000000000 qm	10000000000000000000 bis 20000000000000000000 qm	20000000000000000000 bis 50000000000000000000 qm
10000000000000000000 bis 20000000000000000000 qm	20000000000000000000 bis 50000000000000000000 qm	50000000000000000000 bis 100000000000000000000 qm
20000000000000000000 bis 50000000000000000000 qm	50000000000000000000 bis 100000000000000000000 qm	100000000000000000000 bis 200000000000000000000 qm
50000000000000000000 bis 100000000000000000000 qm	100000000000000000000 bis 200000000000000000000 qm	200000000000000000000 bis 500000000000000000000 qm
100000000000000000000 bis 200000000000000000000 qm	200000000000000000000 bis 500000000000000000000 qm	500000000000000000000 bis 1000000000000000000000 qm
200000000000000000000 bis 500000000000000000000 qm	500000000000000000000 bis 1000000000000000000000 qm	1000000000000000000000 bis 2000000000000000000000 qm
500000000000000000000 bis 1000000000000000000000 qm	1000000000000000000000 bis 2000000000000000000000 qm	2000000000000000000000 bis 5000000000000000000000 qm
1000000000000000000000 bis 2000000000000000000000 qm	2000000000000000000000 bis 5000000000000000000000 qm	5000000000000000000000 bis 10000000000000000000000 qm
2000000000000000000000 bis 5000000000000000000000 qm	5000000000000000000000 bis 10000000000000000000000 qm	10000000000000000000000 bis 20000000000000000000000 qm
5000000000000000000000 bis 10000000000000000000000 qm	10000000000000000000000 bis 20000000000000000000000 qm	20000000000000000000000 bis 50000000000000000000000 qm
10000000000000000000000 bis 20000000000000000000000 qm	20000000000000000000000 bis 50000000000000000000000 qm	50000000000000000000000 bis 100000000000000000000000 qm
20000000000000000000000 bis 50000000000000000000000 qm	50000000000000000000000 bis 100000000000000000000000 qm	100000000000000000000000 bis 200000000000000000000000 qm
50000000000000000000000 bis 100000000000000000000000 qm	100000000000000000000000 bis 200000000000000000000000 qm	200000000000000000000000 bis 500000000000000000000000 qm
100000000000000000000000 bis 200000000000000000000000 qm	200000000000000000000000 bis 500000000000000000000000 qm	500000000000000000000000 bis 1000000000000000000000000 qm
200000000000000000000000 bis 500000000000000000000000 qm	500000000000000000000000 bis 1000000000000000000000000 qm	1000000000000000000000000 bis 2000000000000000000000000 qm
500000000000000000000000 bis 1000000000000000000000000 qm	1000000000000000000000000 bis 2000000000000000000000000 qm	2000000000000000000000000 bis 5000000000000000000000000 qm
1000000000000000000000000 bis 2000000000000000000000000 qm	2000000000000000000000000 bis 5000000000000000000000000 qm	5000000000000000000000000 bis 10000000000000000000000000 qm
2000000000000000000000000 bis 5000000000000000000000000 qm	5000000000000000000000000 bis 10000000000000000000000000 qm	10000000000000000000000000 bis 20000000000000000000000000 qm
5000000000000000000000000 bis 10000000000000000000000000 qm	10000000000000000000000000 bis 20000000000000000000000000 qm	20000000000000000000000000 bis 50000000000000000000000000 qm
10000000000000000000000000 bis 20000000000000000000000000 qm	20000000000000000000000000 bis 50000000000000000000000000 qm	50000000000000000000000000 bis 100000000000000000000000000 qm
20000000000000000000000000 bis 50000000000000000000000000 qm	50000000000000000000000000 bis 100000000000000000000000000 qm	100000000000000000000000000 bis 200000000000000000000000000 qm
50000000000000000000000000 bis 100000000000000000000000000 qm	100000000000000000000000000 bis 200000000000000000000000000 qm	200000000000000000000000000 bis 500000000000000000000000000 qm
100000000000000000000000000 bis 200000000000000000000000000 qm	200000000000000000000000000 bis 500000000000000000000000000 qm	500000000000000000000000000 bis 1000000000000000000000000000 qm
200000000000000000000000000 bis 500000000000000000000000000 qm	50000000000000	